



HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 87

1. Sitzung

Wiesbaden, den 23. April 1987

	Seite		Seite
1. Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Konstituierung des Landtags (§ 5 GOHLT) ..	1	Angenommen (6)	7
- Vollzogen	1	Alterspräsident Sturmowski	7
Alterspräsident Sturmowski	1		
2. Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung (Art. 99 HV)		5. Wahl des Präsidenten (§ 6 GOHLT)	
Hierzu:		Hierzu:	
Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Ein-		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Wahl	
setzung eines weiteren Fachausschusses (§ 14 Abs. 1		des Präsidenten des Hessischen Landtags	
GOHLT)		- Drucks. 12/3 -	8
- Drucks. 12/17 -	2	Gewählt:	
Dem Ältestenrat überwiesen	7	Abg. Lengemann	8
Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung		Nassauer	8
eines ständigen Ausschusses zur "Situation der		Alterspräsident Sturmowski	8
Frauen"		Präsident Lengemann	8
- Drucks. 12/15 -	2		
Dem Ältestenrat überwiesen	7	6. a) Beschlußfassung über die Zahl der Vizepräsidenten	
Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend die		(§ 6 GOHLT)	
Geschäftsordnung des Hessischen Landtags		Hierzu:	
- Drucks. 12/18 -	2	Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Zahl	
Dem Ältestenrat überwiesen	7	der Vizepräsidenten	
Antrag der Fraktion der CDU betreffend die		- Drucks. 12/14 -	9
Geschäftsordnung des Hessischen Landtags		Abgelehnt	11
- Drucks. 12/1 -	2	Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend	
Angenommen	7	die Zahl der Vizepräsidenten	
von Plottnitz-Stockhammer	2	- Drucks. 12/19 -	9
Krollmann	4	Abgelehnt	11
Nassauer	5	Antrag der Fraktion der CDU betreffend die Zahl	
Wagner-Pätzold	5	der Vizepräsidenten	
Blaul	6	- Drucks. 12/29 -	9
Alterspräsident Sturmowski	7	Angenommen (4)	11
3. Feststellung der Tagesordnung (§ 55 Abs. 4 GOHLT)	7	Boppel	9
Festgestellt	7	Krollmann	11
Alterspräsident Sturmowski	7	Nassauer	11
		Präsident Lengemann	11
4. Beschlußfassung über die Mindeststärke einer Frak-		b) Wahl der Vizepräsidenten (§ 6 GOHLT)	
tion (§ 2 GOHLT)		Hierzu:	
Hierzu:		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU betreffend	
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der		die Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen	
GRÜNEN und der F.D.P. betreffend Mindeststärke		Landtags	
einer Fraktion		- Drucks. 12/4 -	11
- Drucks. 12/2 -	7		

	Seite		Seite
Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P. betreffend die Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen Landtags		Benannt:	
- Drucks. 12/5 -	11	Abg. Windfuhr	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD betreffend die Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen Landtags		Abg. Wilke	
- Drucks. 12/7 -	11	Abg. Krollmann	
Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN betreffend die Wahl der Vizepräsidentin des Hessischen Landtags		Abg. Fischer (Frankfurt)	14
- Drucks. 12/13 -	11	Vizepräsident Dr. Lang	14
Gewählt:		Blaul	14
Abg. Dr. Lang		Vizepräsident Dr. Lang	14
Abg. Dr. Günther			
Abg. Wagner (Darmstadt)		10. a) Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse	
Abg. Sturmowski	13	Hierzu:	
Fischer (Frankfurt)	12	Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse	
Präsident Lengemann	12	- Drucks. 12/12 -	14
Vizepräsident Dr. Lang	12	Angenommen	14
Abg. Starzacher	12	Vizepräsident Dr. Lang	14
Vizepräsident Dr. Lang	13	b) Beschlußfassung über die Einsetzung ständiger Unterausschüsse	
7. a) Beschlußfassung über die Zahl der Schriftführer	13	c) Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der ständigen Unterausschüsse	14
Beschlossen: 10	13	Beschlossen:	
Kanther	13	Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushaltsrechnung (9 Mitglieder)	
Vizepräsident Dr. Lang	13	Unterausschuß für die Stellenpläne (7 Mitglieder)	
b) Wahl der Schriftführer		Unterausschuß für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung (7 Mitglieder)	
Hierzu:		Unterausschuß Justizvollzug (9 Mitglieder)	14
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. für die Wahl der Schriftführer		Vizepräsident Dr. Lang	14
- Drucks. 12/10 -	13	d) Beschlußfassung über die Einsetzung von Sonderausschüssen	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl der Schriftführer		Hierzu:	
- Drucks. 12/23 -	13	Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Einsetzung eines Sonderausschusses (§ 15 GOHLT)	
Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN für die Wahl der Schriftführer		- Drucks. 12/16 -	14
- Drucks. 12/28 -	13	Abgelehnt	14
Gewählt:		Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Sonderausschusses "AIDS"	
Abg. Degen		- Drucks. 12/20 -	14
Abg. Schmidt (Schwalmstadt-Treysa)		Abgelehnt	14
Abg. von Heusinger		Vizepräsident Dr. Lang	14
Abg. Meister			
Abg. Schoppe		11. Bestellung des Hauptausschusses	
Abg. Prof. Breithaupt		Hierzu:	
Abg. Fraas		Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses	
Abg. Hilfenhaus		- Drucks. 12/31 -	14
Abg. Kiekheben-Schmidt-Winterstein		Gewählt als ordentliche Mitglieder:	
Abg. Blaul	13	Abg. Lenz (Frankfurt) (CDU)	
Vizepräsident Dr. Lang	13	Abg. Dr. Jung (CDU)	
8. Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums		Abg. Möller (Gießen) (CDU)	
Hierzu:		Abg. Sturmowski (CDU)	
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums		Abg. Troeltsch (CDU)	
- Drucks. 12/8 -	13	Abg. Demke (CDU)	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums		Abg. Meister (CDU)	
- Drucks. 12/24 -	13	Abg. Weghorn (F.D.P.)	
Gewählt:		Abg. Hartherz (SPD)	
Abg. Nassauer		Abg. Lütgert (SPD)	
Abg. Starzacher	14	Abg. Starzacher (SPD)	
Vizepräsident Dr. Lang	13	Abg. Dr. Streletz (SPD)	
9. Beschlußfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats	14	Abg. Winterstein (SPD)	
Beschlossen: 4		Abg. Zabel (SPD)	
		Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE)	

	Seite		Seite
<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder:</i>		<i>Angenommen</i>	14
<i>Abg. Nassauer (CDU)</i>		<i>Vizepräsident Dr. Lang</i>	14
<i>Abg. Degen (CDU)</i>			
<i>Abg. Fischer (Arolsen) (CDU)</i>		14. Entgegennahme einer Erklärung nach Art. 113 Abs. 2	
<i>Abg. Wenderoth (CDU)</i>		HV	15
<i>Abg. Schoppe (CDU)</i>		<i>Entgegengenommen</i>	15
<i>Abg. Friedrich (CDU)</i>		<i>Präsident Lengemann</i>	15
<i>Abg. Weber (CDU)</i>			
<i>Abg. Hahn (F.D.P.)</i>		15. Wahl des Ministerpräsidenten	
<i>Abg. Dr. Dr. Böckemeier (SPD)</i>		<i>Hierzu:</i>	
<i>Abg. Ernst (SPD)</i>		<i>Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl</i>	
<i>Abg. Fraas (SPD)</i>		<i>des Hessischen Ministerpräsidenten</i>	
<i>Abg. Krollmann (SPD)</i>		<i>- Drucks. 12/26 -</i>	15
<i>Abg. Wagner (Eschwege) (SPD)</i>		<i>Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der</i>	
<i>Abg. Welteke (SPD)</i>		<i>F.D.P. für die Wahl des Hessischen Ministerpräsidenten</i>	
<i>Abg. Blaul (GRÜNE)</i>	14	<i>- Drucks. 12/27 -</i>	15
<i>Vizepräsident Dr. Lang</i>	14	<i>Gewählt:</i>	
12. Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts		<i>Abg. Dr. Wallmann</i>	15
<i>Hierzu:</i>		<i>Nassauer</i>	15
<i>Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der</i>		<i>Starzacher</i>	15
<i>F.D.P. für die Wahl von Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts</i>		<i>Präsident Lengemann</i>	15
<i>- Drucks. 12/11 -</i>	14	16. Vereidigung des Ministerpräsidenten	15
<i>Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl</i>		<i>Vollzogen</i>	16
<i>von Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts</i>		<i>Ministerpräsident Dr. Wallmann</i>	16
<i>- Drucks. 12/25 -</i>	14	<i>Präsident Lengemann</i>	16
<i>Gewählt:</i>		17. a) Regierungserklärung	16
<i>Abg. Demke</i>		<i>Entgegengenommen</i>	27
<i>Abg. Hahn</i>			
<i>Abg. Dr. Dr. Böckemeier</i>	14	b) Mitteilung über die Ernennung der Minister (Art. 101 Abs. 2 HV)	16
<i>Vizepräsident Dr. Lang</i>	14	<i>Zur Kenntnis genommen</i>	27
13. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der		<i>Ministerpräsident Dr. Wallmann</i>	16
F.D.P. betreffend die Immunität von Abgeordneten		<i>Präsident Lengemann</i>	27
des Hessischen Landtags			
<i>- Drucks. 12/6 -</i>	14		

Im Präsidium:

Alterspräsident Sturmowski
 Präsident Lengemann
 Vizepräsident Dr. Lang

(Beginn: 11.05 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Konstituierung des Landtags (§ 5 GOHLT)

Alterspräsident Sturmowski:

Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich eröffne die 1. Sitzung der 12. Wahlperiode des Hessischen Landtags und bitte Sie, Platz zu nehmen. - Sie haben alle ohne Streit einen Platz gefunden. Ich darf feststellen, daß die endgültige Festlegung der Sitzordnung nach § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung, falls diese wieder in Kraft gesetzt wird, das Präsidium zu treffen hat.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich unsere Ehrengäste, die Vertreter der Religionsgemeinschaften, besonders Herrn Bischof Lehmann und Herrn Kirchenpräsident Spengler, denen ich auch für den Gottesdienst danke, den sie eben mit uns gefeiert haben; der obersten Bundes- und Landesbehörden, der Gerichte, der Städte und Gemeinden sowie des Konsularischen Korps. Außerdem begrüße ich bei uns eine Abordnung aus dem US-Bundesstaat Wisconsin.

(Allgemeiner Beifall)

Gleichermaßen begrüße ich die Medien, Parteienvertreter und interessierte Bürger, die an dieser Sitzung teilnehmen.

(Dr. Streletz (SPD): Und Bürgerinnen!)

Es ist mir aus verständlichen Gründen nicht möglich, jeden namentlich zu begrüßen, doch möchte ich hier heute stellvertretend für alle den ehemaligen Präsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Dr. Wagner, ganz besonders herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Nicht zuletzt begrüße ich unter uns die Mitglieder der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Am 3. April verstarb im Alter von 77 Jahren der ehemalige Abgeordnete Prof. Dr. Rudolf Kurtz. Herr Kurtz gehörte dem Landtag der 4., 5., 6. und 7. Wahlperiode vom 1. Dezember 1958 bis zum 30. November 1974 an. Von 1969 bis 1970 war der Kollege Kurtz stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und von 1972 bis 1974 Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Herr Prof. Kurtz war 1969 Mitglied der 5. und 1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten. Herr Prof. Kurtz war uns - viele sind noch im Hause anwesend - ein lieber Freund und treuer Weggefährte. Ich glaube, sagen zu können: Die hessischen Fachhochschulen werden ihm auf lange Zeit zu Dank verpflichtet bleiben.

Herr Landtagspräsident Dr. Lang hat an der Trauerfeier teilgenommen und für den Hessischen Landtag einen Kranz niedergelegt. - Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren von Rudolf Kurtz von Ihren Plätzen erhoben haben.

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, die Ereignisse des Lebens überschatten alle Entwicklungen. Wir haben soeben eines verstorbenen Kollegen gedacht. Ihren Geburtstag feiern heute Herr Abg. Gerhard Becker und Herr Abg. Friedrich Hertle. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Am 4. März konnte unser Kollege Schoppe und am 13. März unser Kollege Wilke den 50. Geburtstag feiern. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 83 Absatz 2 der Verfassung des Landes Hessen tritt der Landtag kraft eigenen Rechts am 18. Tage nach der Wahl zusammen. Werden gegen die Einberufung oder gegen das Zusammentreten am heutigen Tag Bedenken erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

Nach § 5 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags führt in der ersten Sitzung des neugewählten Landtags der an Lebensjahren älteste Abgeordnete den Vorsitz. Die Kanzlei des Landtags hat mir mitgeteilt, daß ich der älteste Abgeordnete des neugewählten Landtags bin. Der Ordnung halber frage ich, ob ein Abgeordneter älter ist als ich. Ich bin am 23. Mai 1923 in Danzig geboren. - Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Nach § 5 Absatz 2 der Geschäftsordnung berufe ich die beiden jüngsten Abgeordneten zu Schriftführern. Das sind nach Feststellung der Kanzlei die Abgeordneten Frau Priska Hinz und Hans-Jürgen Hielscher. Auch hierzu frage ich, ob ein Abgeordneter jünger als die beiden Genannten ist.

(Boppel (GRÜNE): Wo bleibt der Nachwuchs der SPD?)

Frau Hinz ist geboren am 10. März 1959; Herr Hielscher ist geboren am 14. Februar 1960.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir werden alt!)

Dies ist nicht der Fall. Ich bitte die Kollegin und den Kollegen, hier neben mir Platz zu nehmen.

Nun kommen wir zur Konstituierung des 12. Hessischen Landtages. Die Damen und Herren werden jetzt nach einer Liste aufgerufen. Ich bitte Sie, nach dem Aufruf mit Ja zu antworten und sich zu erheben, da dies gleichzeitig eine kurze Vorstellung sein soll.

Ich darf Sie, Herr Hielscher, bitten, mit der Verlesung zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf - Alle 110 Abgeordneten sind anwesend)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Der Hessische Landtag der 12. Legislaturperiode ist konstituiert und nach Artikel 87 der hessischen Verfassung beschlußfähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der Ehre, als Alterspräsident wirken zu dürfen, kommt man durch Zufall, eben durch Geburt. Trotzdem ist es ein Moment der Freude für einen Altparlamentarier, dieses Amt ausüben zu dürfen, zumal dies - ich habe heute keinen Geburtstag, ich habe heute Namenstag -

(Allgemeiner Beifall)

am Gedenktag des Heiligen Georg stattfindet und für mich ein gutes Zeichen nicht nur für meine Arbeit, sondern für unser aller Arbeit sein könnte.

Der Ritter Georg war für uns Deutsche immer eine besondere Persönlichkeit. Ich meine, wir sollten sein Vorbild immer im Auge haben.

Meine Damen und Herren, bei der Vorbereitung der Ansprache, die der Alterspräsident nach herkömmlichem Brauch am Beginn einer neuen Legislaturperiode hält, habe ich mir die Mühe gemacht, die Ansprachen aller Alterspräsidenten seit 1946 nachzulesen. Dies war ebenso interessant wie lehrreich, spiegeln sich darin doch das Unveränderliche und das Wandelbare der Einstellungen und Haltungen hessischer Parlamentarier wider. Es war sozusagen ein Gang durch die mehr als 40jährige Geschichte der politischen Kultur des Hessischen Landtags.

Der erste Alterspräsident des Hessischen Landtags, der Abgeordnete Husch, gab als sein Geburtsdatum den 6. April 1875 an. Die beiden jüngsten Abgeordneten, die gemäß der auch heute noch gültigen Geschäftsordnung als vorläufige Schriftführer fungierten, Bauer und Carlebach, gehörten den Geburtsjahrgängen 1912 und 1914 an. Alle drei konnten 1946, als der erste wieder nach demokratischen Regeln frei gewählte Hessische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, auf einen erlebten und erlittenen Abschnitt deutscher Geschichte zurückblicken, den drei Regierungsformen bestimmten: eine monarchistische, eine republikanische und eine totalitäre.

In der Ansprache des Alterspräsidenten von 1946 war naturgemäß von den Sorgen und Nöten jener Zeit die Rede, von Zerstörung, von Hunger, von den Kriegsgefangenen und den Heimatvertriebenen. Er sprach zugleich aber auch von der Hoffnung auf einen neuen Anfang und von der Verpflichtung, alles zu tun, um - so wörtlich - "ein Wiederaufleben jener Kräfte und Geister zu verhindern, die uns ins Dunkel geführt haben".

Für mich selbst und die überwiegende Mehrheit der 1946 mit 23 Jahren noch jungen Frauen und Männer, die heute ihrerseits schon an der Schwelle zum sogenannten dritten Lebensalter stehen, waren die damals tätigen Politiker Vorbilder und vor allem Hoffnungsträger.

Nach der Zeit der großen Verführung, die auch diejenigen mit ins Verderben riß, die ihr nicht erlagen, haben uns diese Frauen und Männer der ersten Stunde neue, wenn auch unterschiedliche Wege in eine bessere Zukunft gewiesen und vorgelebt.

Was wir Jungen nach der im materiellen wie im geistigen Sinne "Gleichschritt-Marsch-Zeit" einüben mußten, war der Gebrauch der Freiheit und das Wählen unter mehreren Möglichkeiten zur Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten. Das war für meine Generation nach allem, was wir bis dahin erlebt hatten, eine Idee, die - das bekenne ich für mich - auch noch heute von ihrer Faszination nichts verloren hat, auch dadurch nicht, daß politisches Handeln nicht frei von Unzulänglichkeiten und gelegentlichen Fehlleistungen ist.

Der kritische Rationalismus ist nicht in allen Punkten mein Glaubensbekenntnis und sicher nicht geeignet, Richtmaß für die Fragen nach den letzten Dingen zu sein, was ja auch nicht unseres Amtes ist. Eine seiner Aussagen scheint mir indessen richtig zu sein, daß in der Politik, die immer nur das Vorläufige und grundsätzlich Überholbare regeln kann, niemand für sich in Anspruch nehmen kann, im Alleinbesitz der Wahrheit zu sein. Das ist die historische Lehre, die meine Generation nach bitteren

Erfahrungen mit der Gleichsetzung und der Gleichschaltung von Partei und Staat gezogen hat.

Besonders in einer Zeit des technologischen und sozialen Wandels mit ihren Anforderungen an die Politik kommt es darauf an, daß wir der Versuchung widerstehen, Politik durch vorschnelle, meist gefühlsbetonte und nicht zu Ende gedachte Antworten zu ersetzen, die zuweilen die Qualität von Glaubensbekenntnissen annehmen.

Politik, die sich an den Dogmen einer rigoristischen Gesinnungsethik orientiert, läuft Gefahr, die Entscheidungsfolgen zu vernachlässigen, weil sie die Folgebereitschaft der eigenen Anhängerschaft höher bewertet als das allgemeine Wohl, dem sich politisches Handeln in erster Linie verpflichtet fühlen muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach zwei verkürzten Legislaturperioden, die hinter uns liegen, haben die wahlberechtigten Frauen und Männer unseres Landes am 5. April für eine Kräfteverteilung gestimmt, die zwar knapp ist, die aber ein beständiges Arbeiten für die Dauer einer vollen Legislaturperiode ermöglicht. Zumindest in dieser Hinsicht hat Hessen die Normalität zurückgewonnen.

Wir sollten uns davor hüten, diesen für unser demokratisches Selbstverständnis völlig normalen Sachverhalt durch polemische Unterstellungen zu diffamieren, die leider Eingang in den politischen Sprachgebrauch gefunden haben. Dies schadet der politischen Kultur und verhärtet die Fronten, wo Verständigung möglich und angezeigt ist.

Ich wünsche uns allen eine glückliche Hand und die Weisheit, die notwendig ist, um das für unser Land und seine Menschen Richtige zu tun und das Falsche rechtzeitig zu erkennen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung (Artikel 99 HV)

Hierzu liegen die Anträge der Fraktionen der CDU, Drucks. 12/1, der SPD, Drucks. 12/15, und die beiden Anträge der Fraktion der GRÜNEN, Drucks. 12/17 und 12/18, vor.

Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN, Drucks. 12/18, wird als der weitestgehende zuerst behandelt. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das Wort hat Herr von Plottnitz.

von Plottnitz-Stockhammer (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einige eher kurze Worte zur Erläuterung der Geschäftsordnungsanträge sagen, die wir gestern in den Geschäftsgang gegeben haben. Wir sind zwar auch der Meinung - das wohl mit den übrigen Fraktionen -, daß die bisherige Geschäftsordnung über weite Bereiche hinweg eine taugliche Arbeitsgrundlage für die Beratungen des Landtags ist und gewesen ist, wir meinen allerdings, daß es drei Bereiche gibt, in denen die Geschäftsordnung veränderungsbedürftig und verbesserungsfähig ist. Wir gehen davon aus, daß zumindest in der Vergangenheit Veränderungsbedürftigkeit und Verbesserungsfähigkeit auch von den übrigen Fraktionen gesehen worden sind, denn die bisherige Geschäftsordnung wurde zu Beginn der 11. Wahlperiode nur vorläufig in Kraft gesetzt, mit anderen

Worten: unter dem Vorbehalt einer Überprüfung und einer Veränderung im Rahmen einer späteren endgültigen Fassung.

Einer der drei Bereiche, in denen nach unserer Meinung Veränderungen not tun, betrifft zunächst die Frage nach der Besetzung der Ausschüsse und die Frage nach dem Auszählverfahren, das dabei zur Anwendung kommen soll. Wir meinen, daß es Aufgabe der Geschäftsordnung ist - ohne Rücksicht auf die jeweils konkrete Stärke der im Landtag vertretenen Fraktionen -, sicherzustellen, daß jede Fraktion die Möglichkeit hat, in jedem Fachausschuß und in jedem sonstigen Ausschuß des Landtags mitzuarbeiten. Diese Sicherstellung wird durch die bisherige Fassung der Geschäftsordnung nicht gewährleistet. Wir haben im Interesse dieser Sicherstellung und dieser Gewährleistung - wir meinen, es ist ein selbstverständliches Recht jeder Fraktion, in jedem Ausschuß vertreten zu sein - einen entsprechenden Änderungsvorschlag unterbreitet.

Der zweite Punkt betrifft das Auszählverfahren im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Ausschüsse. Hier favorisiert die bisherige Geschäftsordnung immer noch das d'Hondtsche Verfahren, obwohl bereits seit dem Jahre 1980 auf Landesebene - im Landtagswahlgesetz - das Hare-Niemeyer-Verfahren Anwendung findet.

Zu diesem Punkt hat zu Beginn der 10. Legislaturperiode - in der konstituierenden Sitzung des Landtags - bereits eine Debatte stattgefunden. Bei der Lektüre der Niederschrift über diese Debatte habe ich gelesen, daß sich der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Milde, sehr engagiert für die Beibehaltung des d'Hondtschen Verfahrens im Rahmen der Geschäftsordnung ausgesprochen hat.

Ich weiß nicht, ob er das damals so engagiert getan hätte, wenn er seinerzeit bereits Gelegenheit gehabt hätte, das Ergebnis der Landtagswahl vom 5. April 1987 zu kennen. Er konnte es natürlich nicht kennen.

Faktum ist aber - ich habe mich da von Fachkundigen belehren lassen - daß, wäre das erst im Jahre 1980 auf Landesebene geänderte d'Hondtsche Verfahren auch nach dem 5.4.1987 noch zur Anwendung gekommen, die Fraktionen der CDU und der F.D.P. nicht die Mehrheit hätten, die sie heute im Landtag haben.

Bei Beibehaltung des d'Hondtschen Verfahrens hätte es ein Patt zwischen den Fraktionen der CDU und der F.D.P. auf der einen Seite und den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN auf der anderen Seite gegeben.

Ich meine, daß, nachdem das nun einmal klar ist und die CDU und die F.D.P. am eigenen Leibe erfahren haben, zu welchen Tröstungen das Hare-Niemeyer-Verfahren in der Lage ist, eigentlich gar kein Anlaß mehr bestehen kann, die Zweifel noch weiter aufrechtzuerhalten, weil ein Vergleich beider Verfahren zugunsten der größeren Gerechtigkeit, weil größeren Genauigkeit des Hare-Niemeyer-Verfahrens spricht.

Ich meine, daß beide Fraktionen eigentlich jetzt den Mut haben sollten, auch auf der Ebene der Geschäftsordnung des Landtags sich durchzuringen zu diesem genauen und gerechten Verfahren Hare-Niemeyer und endgültig Abschied zu nehmen von dem d'Hondtschen Verfahren. Wir haben das so vorgeschlagen.

Der zweite Punkt, von dem wir meinen, daß Veränderungsbedürftigkeit und Veränderungsfähigkeit im Rahmen der Geschäftsordnung bestehen, betrifft die Frage der Ausschüsse und der Form, in der sie tagen. Die

bisherige Geschäftsordnung sieht mit Ausnahme bestimmter verfassungsrechtlich gebotener Situationen im Bereich des Hauptausschusses kategorisch nichtöffentliche Sitzungen der Ausschüsse vor.

Wir meinen, daß das ein wenig demokratischer Zustand ist, der geändert werden sollte. Zum einen deshalb - das wissen diejenigen, die im Gegensatz zu mir bereits parlamentarische Erfahrung haben, besser als ich -, weil die Ausschüsse einen wesentlichen Teil der parlamentarischen Beratungs- und auch Entscheidungsarbeit des Landtags erledigen und erledigen müssen.

Gerade weil es quantitativ und qualitativ derart umfangreiche Bereiche sind, die im Rahmen von Ausschüssen entweder beraten oder vorberaten werden, zum Teil in Ausnahmefällen sogar entschieden werden, meinen wir, daß der Landtag nicht den geringsten Anlaß hat, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Im Gegenteil. Er sollte hier das Licht der Öffentlichkeit suchen und im Interesse der demokratischen Beeinflussung von Meinungskämpfen die Öffentlichkeit zulassen.

Auch zu diesem Punkt hat am 1.12.1982 in der konstituierenden Sitzung des Landtages der 10. Legislaturperiode eine Debatte stattgefunden. Damals wurde vor allem, wenn ich mich recht entsinne, von Seiten des Herrn Abg. Winterstein für die Fraktion der SPD erhebliche Skepsis geäußert, was die Frage der Öffentlichkeit in den Ausschüssen betrifft.

Es wurde einmal das Bedenken geäußert, es gäbe - dabei wurde auf Erfahrungen im Bereich der Kommunen Hessens, in denen Ausschuß-Öffentlichkeit vorgesehen ist, Bezug genommen - gar kein Interesse der Öffentlichkeit an den Sitzungen der Ausschüsse. Das mag so sein. Das ist dann ein bedauerlicher Zustand, mit dem man sich aber nicht zufrieden geben darf und nicht zufrieden geben sollte.

Ich meine, ein Landtag hat, gerade wenn er ein so beklagenswertes Momentum feststellt, jeden Anlaß, den Versuch zu machen, das zu ändern. Bei diesem Versuch fängt man natürlich damit an, daß man von sich aus, wo immer es geht, Öffentlichkeit anbietet, statt Öffentlichkeit auszuschließen. Das ist der eine Aspekt.

Der zweite Aspekt betrifft das Gegenargument, es hätte - auch da wieder wurde auf die Kommunen verwiesen - die Erfahrung gegeben, daß im Falle der Beteiligung von Öffentlichkeit an den Ausschusssitzungen eine Art parlamentarisch nicht mehr kontrollierte Kungelei zwischen den Abgeordneten und der beteiligten Öffentlichkeit drohe.

Ich meine, da sollte der Landtag selbstbewußt sein, sich hier die Souveränität zuzugestehen, irgendwelchen ungunstigen Einflußversuchen zu widerstehen und dieses Argument nicht für sich gelten zu lassen. Es würde von wenig Selbstachtung zeugen, wenn man das zur Grundlage einer Entscheidung machen würde, hier die Öffentlichkeit weiterhin auszuschließen.

Im übrigen ist das, was wir fordern, auch in keiner Weise irgendwie umstürzlerisch oder revolutionär. Es ist zu verweisen auf das Beispiel des Bayerischen Landtags, in dem seit Jahr und Tag die Regel besteht, daß die Ausschüsse öffentlich tagen. Das hat dort bekanntlich zu keinerlei Beeinträchtigung der Arbeit des Landtags geführt. Man weiß, daß der Bayerische Landtag funktioniert. Gerade im Blick auf die spezifischen hessischen Traditionen meinen wir, daß das, was für den Bereich des Landes Bayern recht ist, für den Bereich des Bundes-

landes Hessen schon längst billig sein sollte. Das zur Begründung dieses Punktes.

Ein weiterer Punkt, zu dem wir meinen, daß Veränderungen durchgeführt werden müssen, betrifft das Verhältnis des Präsidenten zum Plenum des Landtags. Die Geschäftsordnung gibt dem Präsidenten des Landtags im Verhältnis zu den Abgeordneten im Rahmen von Ultima-ratio-Maßnahmen aus disziplinarischen Gründen die Möglichkeit, eine sehr weitreichende Beeinträchtigung oder sogar Beseitigung parlamentarischer Beteiligungsrechte vorzunehmen.

Das sind gravierende Maßnahmen, die da im Einzelfall in Frage kommen. Sie mögen im Einzelfall - Stichwort Ultima ratio - auch notwendig sein. Das soll von uns gar nicht in Frage gestellt werden. Wir meinen nur, daß die Geschäftsordnung andere Konsequenzen an diese Möglichkeit knüpfen muß.

Der Präsident hat im übrigen auch die Möglichkeit, wenn es seinem Ermessen zufolge für erforderlich gehalten wird, eine so gravierende Maßnahme wie den Ausschluß der Öffentlichkeit im Rahmen von Landtagssitzungen zu verfügen.

Die Frage ist: In welcher Eigenschaft wird der Präsident hier tätig? Die derzeitige Fassung der Geschäftsordnung erweckt für unsere Begriffe den Eindruck, als ob er in diesen Fällen als eine Art Vorgesetzter oder Chef des Landtags tätig wird. Das, meinen wir, ist eine falsche rechtliche Vorstellung. Er wird nicht als Chef oder Vorgesetzter tätig. Er wird als Delegierter von Befugnissen tätig, die dem Landtag insgesamt zustehen und von denen er als Delegierter des Landtags Gebrauch macht. Diese Befugnisse sind an ihn übertragen und abgetreten.

Aber weil und solange dem so ist, meinen wir, daß in so gravierenden Fällen wie dem Ausschluß der Öffentlichkeit oder der Beeinträchtigung oder Beseitigung parlamentarischer Beteiligungsrechte es auch der Landtag sein muß, der das letzte Wort hat, zumindest dann, wenn der oder die Betroffene das wünscht.

Das ist bislang in der derzeitigen Fassung der Geschäftsordnung nicht sichergestellt. Deshalb meinen wir, besteht auch hier Veränderungsbedarf. Wir meinen, daß das, was wir vorschlagen, in keiner Weise zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit etwa des Landtags führen würde.

Ein letzter Punkt, der aber nicht die drei Bereiche betrifft, die ich angesprochen habe, betrifft die Frage des Akteneinsichtsrechts der Landtagsabgeordneten. Die derzeitige Fassung - wenn ich mich recht entsinne, ist § 91 dafür einschlägig - ist, meinen wir, insofern nicht sehr glücklich, als sie die betroffenen Abgeordneten zunächst als Sicherheitsrisiko und dann erst als Parlamentarier sieht.

Auch das, meinen wir, ist mit der parlamentarischen Selbstachtung, die jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete für sich in Anspruch nehmen sollte, nicht so recht vereinbar. Wir meinen, daß zuerst einmal klarzustellen ist, daß der Abgeordnete oder die Abgeordnete zunächst Parlamentarier ist und dann erst Sicherheitsrisiko sein könnte. Wir meinen auch, daß in diesem Fall zu unterstellen ist, daß jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete die Verpflichtungen, die sich etwa aus der sogenannten VS-Richtlinie Landtag ergeben, kennt, beherrscht und sich auch daran hält.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Auswendig hersagen!)

- Auswendig im Zweifelfall hersagen kann, wie richtig gesagt worden ist. Das sind die Vorschläge, die wir zu unterbreiten haben.

Es gibt einen weiteren Mangel in der bisherigen Fassung der Geschäftsordnung des Landtags, zu dem wir bislang noch keine konkreten Veränderungsvorschläge eingebracht haben. Dieser Mangel besteht darin, daß das weibliche Geschlecht in der bisherigen Fassung der Geschäftsordnung nicht stattfindet.

Da wimmelt es von "dem Präsidenten" und "dem Vizepräsidenten", "dem Redner" und "dem Abgeordneten"; in der weiblichen Form findet man das nicht. Wir meinen, daß die Geschäftsordnung des Landtags in dieser Beziehung noch nicht auf der Höhe der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik

(Beifall bei den GRÜNEN)

und auch noch nicht auf der Höhe des Grundgesetzes und seines Gleichheitsgebotes ist. Da muß natürlich Abhilfe geschaffen werden. Ich habe mir aber sagen lassen, daß in der Vergangenheit bereits ein fraktionsübergreifender Konsens dahingehend bestand, daß da Abhilfe geschaffen werden soll. Wir haben deshalb zunächst davon abgesehen, hierzu Vorschläge zu unterbreiten. Wir haben uns natürlich bemüht, diesem Problem in unseren Änderungsanträgen schon Rechnung zu tragen.

Das war es, was ich zur Begründung vorzutragen habe. Die Kollegin Wagner-Pätzold wird noch einen weiteren Geschäftsordnungs-Änderungsantrag begründen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alterspräsident Sturmowski:

Das Wort hat Herr Abg. Krollmann.

Krollmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion tritt dafür ein, die Geschäftsordnung des letzten Landtags wiederum vorläufig in Kraft zu setzen. Das heißt nicht, daß wir nicht fähig oder bereit wären, über eine endgültige Geschäftsordnung zu verhandeln. Ich verzichte darauf, im einzelnen zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, die hier gemacht worden sind. Ich möchte zwei Änderungsanträge - nein, genau genommen, einen Änderungsantrag - begründen, den wir zur Geschäftsordnung gestellt haben. Er geht dahin, daß für die 12. Legislaturperiode des Hessischen Landtags ein ständiger Ausschuß zur Situation der Frauen eingesetzt werden sollte. Ich bin in der Tat der Meinung, daß wichtiger als die Redaktion der Geschäftsordnung und von Gesetzen das tatsächliche Vorankommen der Gleichberechtigung in der Gesellschaft ist. Daher besteht für mich unzweifelhaft - ich sage das auch aus eigenen, durchaus schmerzhaften Erfahrungen in der eigenen Partei - ein Bedarf nach diesem Ausschuß.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich denke, das ist so eindeutig, daß wir uns weitere Ausführungen darüber ersparen können. Ich weiß, daß auch ein solcher Ausschuß die Probleme nicht ändert oder löst. Aber zumindest das Benennen von Problemen kann die gesellschaftliche Entwicklung voranbringen. Einiges haben wir auf diesem Feld bereits gemeinsam erreicht.

Herr Präsident, unser Antrag Drucks. 12/20 betreffend Einsetzung eines Sonderausschusses "AIDS" gehört wohl nicht unmittelbar zur Beschlußfassung über die

Geschäftsordnung. Aber wegen des Sachzusammenhangs wäre es sicher richtig, ihn hier zu erörtern. Auch hier bedarf es wohl keiner großartigen Begründung, daß wir es mit einem gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Problem allererster Ordnung zu tun haben, das wichtigste Felder der Landespolitik berührt. Deshalb treten wir für die Schaffung dieses Sonderausschusses ein. Es wäre selbstverständlich möglich, an Stelle eines Sonderausschusses auch einen Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses zu bilden, um diese Fragen zu prüfen. Aber wir hielten es im Interesse der Klarheit für richtiger, diesen Sonderausschuß zu beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Alterspräsident Sturmoswki:

Das Wort hat Herr Abg. Nassauer.

Nassauer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Geschäftsordnung hat den unvergleichlichen Vorzug, daß sie nur vorläufig in Kraft gesetzt wird und daß damit ausdrücklich auf die Vorläufigkeit unseres Tuns hingewiesen wird, was wir bei vielen anderen Dingen nicht bedenken. Wir wollen es diesmal auch dabei belassen, wir wollen die Geschäftsordnung wieder vorläufig in Kraft setzen mit der einen Änderung, die im Ältestenrat erörtert worden ist, daß wir den Kulturpolitischen Ausschuß in einen Kulturpolitischen Ausschuß und einen Ausschuß für Wissenschaft und Kunst aufteilen, entsprechend der neuen Zuständigkeitsregelung in der Landesregierung.

Ansonsten beantragen wir, daß Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung im Ältestenrat beraten und an ihn überwiesen werden. Dazu wird einiges zu sagen sein, und wir werden uns der Beratung dieser Fragen nicht verschließen.

Ob es so unangemessen ist, daß Ausschüsse nicht öffentlich tagen, wage ich zu bezweifeln. Es entspricht demokratischen Grundsätzen, daß der Vorgang der Entscheidung öffentlich ist, aber es entspricht ohne Zweifel auch demokratischer Tradition, vertrauliche Beratungen zu pflegen. Darüber werden wir nachzudenken haben, und dies wollen wir im Ältestenrat gern tun.

Herr Kollege Krollmann hat den Antrag der SPD-Fraktion auf Einsetzung eines Sonderausschusses "AIDS" angesprochen. Herr Kollege, ich bin der Meinung, daß wir für die Behandlung dieses fraglos wichtigen und wahrscheinlich noch wichtiger werdenden, uns bedrückenden Themas durchaus das geeignete parlamentarische Instrumentarium haben. Dieses Thema ist im Sozialpolitischen Ausschuß angesiedelt, und dort kann es nach unserer Überzeugung auch gut beraten werden. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Wir beantragen, auch die anderen Anträge betreffend Einsetzung eines Frauenausschusses dem Ältestenrat zur weiteren Beratung zu überweisen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen Sonderausschuß für Frauenfragen gehabt, durch Beschluß des Parlaments eingesetzt, nicht als dauernder Ausschuß via Geschäftsordnung. Wir sind durchaus bereit, über die Wiedereinsetzung dieses Sonderausschusses mit uns reden zu lassen, glauben aber nicht, daß ein dauernder Ausschuß wirklich der Lösung dieser Probleme nahekäme, um die es geht. Herr Kollege Krollmann, sicherlich besteht Bedarf nach Gleichberechtigung; es besteht kaum Bedarf an zusätz-

lichen Ausschüssen. Über die Sache können wir in den Gremien reden, die bisher schon vorhanden sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alterspräsident Sturmowski:

Das Wort hat Frau Abg. Wagner-Pätzold.

Wagner-Pätzold (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, daß wir uns freuen, daß die SPD unser Anliegen aufgegriffen hat und einen fast gleichlautenden Antrag stellt. Es gilt in meiner Rede also jetzt nur noch, CDU und F.D.P. von diesem Anliegen zu überzeugen. Schon zum drittenmal in einer konstituierenden Sitzung wird hier ein solcher Antrag gestellt. Es ist eigentlich bedauerlich, daß so etwas immer wieder beantragt werden muß, daß es überhaupt notwendig ist, solche Ausschüsse einzusetzen, und daß sie immer noch nicht zur parlamentarischen Normalität gehören, obwohl man sie braucht. Eigentlich gibt es hier nicht viel zu begründen, denn die Kenntnis der Probleme kann man hier im Hohen Hause durchaus voraussetzen. Ein Teil des Hohen Hauses hatte offensichtlich vor einigen Jahren schon diese Einsicht und schritt zur Einsetzung des Sonderausschusses "Arbeitssituation der Frauen in Hessen".

Das war ein Schritt in die richtige Richtung, aber eben nur ein erster Schritt. Wenn dieser Ausschuß uns erhalten bleiben könnte, wäre das schon sehr viel wert. Aber jetzt sollte der nächste Schritt folgen, nämlich die Einrichtung eines vollwertigen Ausschusses mit den üblichen Kompetenzen, der nicht auf bestimmte Themen und nicht auf eine bestimmte Zeit seiner Existenz eingegrenzt ist. Die durchaus berechnete Strukturierung in bestimmte Zeitintervalle und Themenkomplexe sollte den Ausschußmitgliedern selbst überlassen bleiben. Es wäre durchaus denkbar, daß dieser neue Ausschuß an die Arbeit seines Vorgängers anknüpft und Begonnenes fortsetzt. Auf jeden Fall sollte der Ausschuß nicht den Charakter eines Sonderausschusses mit eingegrenzten Kompetenzen haben, der aktuelle Begebenheiten nicht aufgreifen kann. - Es ist eigentlich nicht notwendig, all das zu wiederholen, was an dieser Stelle vor vier Jahren von der Rednerin der GRÜNEN vorgetragen wurde.

Ich will auch nicht das, was die Bevollmächtigte für Frauenangelegenheiten und der Sonderausschuß in der Vergangenheit geleistet haben, im mindesten schmälern. Trotzdem bleibt festzustellen, daß die Situation der Frauen in Hessen immer noch nicht rosig ist. Nach wie vor sind geringere berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in Hessen Alltag. Nach wie vor fußt die gesamte Arbeitswelt auf der absurden Zweiteilung in Erwerbsarbeit einerseits und Familienarbeit andererseits. Nach wie vor sind Frauen vorrangig Opfer des Scheidungsfolgenrechts beziehungsweise des gesamten Scheidungsrechts und füllen die Flure der Sozialämter. Nach wie vor wird Frauenerwerbstätigkeit an Schulen diskriminiert, werden Kinder unterteilt in solche, deren Mütter arbeiten, und solche, deren Mütter nicht arbeiten. Berufstätigkeit einer Mutter ist nach wie vor ein schnelles Erklärungsmuster für Leistungsschwächen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern in der Schule. Alltägliche Gewalt in der Öffentlichkeit, psychische Gewalt, physische Gewalt sind Normalität auch hier in Hessen.

Diese Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen. Ich will das nicht tun, zumal ich weiß, daß das auch schon sehr

häufig getan wurde. Ich denke aber, daß das eine Begründung dafür ist, einen Ausschuß hier zu haben, damit das, was in den letzten Jahren hier in Hessen begonnen und erreicht wurde, fortgesetzt werden kann, damit die Sensibilisierung der Öffentlichkeit weiter betrieben werden kann, damit ein Ausschuß Frauenprobleme aus den Gesamtzusammenhängen, innerhalb deren sie durchaus zu sehen sind, herauslösen, aufgreifen und gesondert mit der nötigen Aufmerksamkeit bearbeiten kann und Frauenfragen nicht in der Vielfalt der Themen der Ausschubarbeit einfach wieder nur untergehen.

Deshalb plädieren wir für die Aufrechterhaltung dieses Ausschusses beziehungsweise für die Bildung eines ganz normalen, regulären Fachausschusses Frauen, der keinerlei Eingrenzung und Kompetenzbeschränkung hat, damit dieses Thema in der gebührenden Form hier parlamentarisch aufgearbeitet werden kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alterspräsident Sturmowski:

Das Wort hat Frau Abg. Blaul.

Blaul (GRÜNE):

Wir GRÜNEN haben mit der Drucksache 12/16 die Einsetzung eines Sonderausschusses "AIDS" beantragt, und es ist nicht verwunderlich, daß dieses Anliegen vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Krollmann, hier auch vorgetragen wurde; denn gegen Ende der letzten Legislaturperiode gab es da auch schon eine Verständigung zu diesem Thema.

Wir schlagen des weiteren vor, daß dieser Sonderausschuß mit einer Mitgliederzahl von 15 zu konstituieren ist.

Ich meine, daß wegen der Ausbreitung der Immunschwäche "AIDS" die gesundheitspolitischen, die gesellschaftspolitischen und auch die datenschutzrechtlichen Fragen nicht einfach so am Rande anderer Ausschüsse mitbehandelt werden können und sollen, wie das bisher der Fall war. Bisher ist es ja Tradition gewesen, daß ein Teil im Unterausschuß Justizvollzug, teilweise im Rechtsausschuß, teilweise dann im Sozialpolitischen Ausschuß behandelt wurde. Diese Behandlung am Rande einer so diffizilen Frage ist wohl dem Thema nicht angemessen. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren sehr eingehend mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Deswegen ist es auch von der Arbeitseffektivität her viel sinnvoller, zu diesem Thema einen Sonderausschuß zu bilden, um sich dort konzentriert mit diesem Thema und all seinen verschiedenen Fragen auseinanderzusetzen.

In der Zwischenzeit ist wohl auch insgesamt in der Bevölkerung bekannt und akzeptiert, daß die Immunschwäche "AIDS" ein allgemeines Gesundheitsrisiko für die gesamte Bevölkerung geworden ist. Sie betrifft nicht nur eine Randgruppenfrage, wie man das vorher gedacht hat. Davon können junge Menschen, alte Menschen und Kinder betroffen sein, es sind Homosexuelle, Heterosexuelle, es sind Polygame und auch Monogame. Die Gefahr, die man vorher für bestimmte Randgruppen gesehen hat, die zu einer Ausgrenzung und einer Verdammung bestimmter Minderheiten geführt hat, wie Homosexuelle, Prostituierte, Fixer oder auch Gefangene, ist durch die Situation, die wir jetzt haben, weggewischt. Deshalb muß sich auch eine Landespolitik dieser The-

matik insgesamt und umfassend stellen. Sie darf das nicht nur als einen Unterpunkt von Sozialpolitik betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist wohl auch nicht verfehlt, wenn ich hier heute sage, daß in Zukunft einige - sicherlich nicht wenige - Familien der hier Anwesenden von dieser Thematik betroffen sein werden. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich würde es als sehr traurig empfinden, wenn erst dann, wenn einzelne Kinder, Frauen, Verwandte von Abgeordneten von der AIDS-Thematik betroffen sind, das heißt, positiv sind und beim jetzigen Zustand künftig sterben müssen, weil es keine Heilmethode gibt, die Orientierung dahin ginge, zu sagen: "Ach, jetzt sind wir anständigen Menschen davon auch betroffen, jetzt müssen wir etwas tun." Ich erinnere Sie an den Umgang mit der Drogenproblematik bei den Fixern. Erst als klar war, daß auch Kinder von Bessergestellten - so müssen wir uns ja wohl titulieren - davon betroffen waren, hat man sich ernsthaft mit der Thematik auseinandergesetzt und auch wirkliche Maßnahmen getroffen.

Es darf auch in diesem Ausschuß nicht darum gehen, mit Moralpredigten den Menschen ein bestimmtes Sexualverhalten beibringen zu wollen. Darum kann und soll es nicht gehen. Wer dies macht, verkennt einfach die Lebensrealität und zum anderen auch die Ausbreitungsmechanismen, die AIDS hat. Ich meine, Inhalt eines solchen Ausschusses muß zum einen und an erster Stelle die Prävention sein. Hier muß das Land gezielt etwas dazu beitragen, und wir als GRÜNE wehren uns dagegen, daß ein Ministerium, das zuständig ist - welches auch immer -, diese Maßnahmen einfach beschließt, verordnet, verkündet, das Parlament in dieser sehr heiklen Frage aber gar nicht beteiligt war, gefragt wurde, mitreden und Vorschläge machen konnte. An erster Stelle also Vorbeugung, Aufklärung, Hilfestellung.

An zweiter Stelle der inhaltlichen Thematik des Ausschusses sollte die Fortbildung für alle Berufsgruppen stehen, die mit Positiven und AIDS-Kranken zu tun haben oder zu tun haben können.

(Zuruf des Abg. Weghorn (F.D.P.))

Ich möchte Ihnen einmal kurz, Herr Weghorn, weil Sie gerade dazwischenmaulen, sagen: Da geht es ja nicht nur um Erzieherinnen, da geht es um Lehrer, da geht es um Krankenpflegepersonal, um Personal in den ambulanten Diensten, um Personal in den Behindertenwerkstätten, Psychiatrien, in Gefängnissen. Das ist ein unheimlich weiter Bereich, und hier muß das Land auch fähig sein - und dabei geht es um eine Frage von Leben und Tod -, dort gezielt und unbürokratisch Hilfestellungen für diejenigen zu geben, die mit Positiven oder Kranken umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als dritter Punkt ist eine gezielte Ausbildung zur Pflege und Behandlung der Kranken notwendig. Wir sind entschieden dagegen, daß es dazu kommt - vielleicht auch nur aus einer Hilflosigkeit des Staates heraus -, daß freie Betten, Großpsychiatrien - was auch immer - genutzt werden, um dort eine zentrale Unterbringung von AIDS-Kranken für Hessen vorzunehmen, weil man dem Problem nicht mehr gerecht werden kann. Wir wollen keine Zwangsmaßnahmen, wir wollen keine Isolierung, wir wollen keine Abschottung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

AIDS-Kranke bedürfen der Pflege und einer gut ausgebildeten Sterbebegleitung. Heutzutage ist es so: Hier geht es um Sterbebegleitung. Da kann man Leute nicht nur abschieben, in Psychatrien und Krankenhäuser wegstecken, um sie von der Gesamtgesellschaft fernzuhalten; denn dort gehen diese Leute wirklich in brutalstem Maße zugrunde.

Wir wollen, daß Wohngruppen entstehen, daß ausgebildetes Personal vorhanden ist, das sich auch zutraut, mit diesen Leuten den Weg bis zum Tod zu gehen. Darum muß es auch in diesem Sonderausschuß gehen.

Als viertes - ich habe es schon am Rande angesprochen - muß es in diesem Ausschuß auch darum gehen, Zwangsmaßnahmen zu verhindern, wie sie die CSU - nicht die CDU - zum Teil in Bayern fordert. Es ist die klare Erkenntnis aller Experten, all derer, die sich bisher dieser Sache angenommen haben, daß genau diese Zwangsmaßnahmen zum Gegenteil führen. Sie führen dazu, daß die Leute aus Angst abtauchen, sich nicht mehr untersuchen lassen, sich verstecken, nicht mehr um ärztliche Hilfe nachfragen, weil sie Angst haben, weggesteckt, registriert zu werden, daß ihnen die Wohnung genommen wird. All diese Fälle hat es schon gegeben. Auch der Arbeitsplatz ist weg. Mit diesem Thema müssen wir uns auseinandersetzen. Dazu bedarf es einer Auseinandersetzung hier auf Landtagsebene.

Als letzten Punkt füge ich noch an, daß es selbstverständlich in diesem Sonderausschuß auch darum gehen muß, sich mit der spezifischen Situation der Fixer, der Gefangenen und der Prostituierten auseinanderzusetzen.

Welche Maßnahmen die sinnvollsten sind, müßte in diesem Ausschuß debattiert werden. Wir meinen, für Drogenabhängige, also für Fixer, ist es notwendig, freie Spritzen zu vergeben. Es kann nicht weiter so sein, daß eine Mentalität herrscht, zu sagen: Wenn sie schon drogenabhängig sind, sollen sie sich halt untereinander anstecken, dann stirbt das Problem aus. Diese Haltung können und dürfen wir auch hier im Landtag nicht einnehmen, egal, ob als Opposition oder als Koalition.

Bei den Prostituierten heißt das auch, bei Berufsunfähigkeit bestimmte Stützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu können oder aus dem Beruf auszusteigen. Es ist doch verlogen, zu sagen: Die Frauen sollen aufhören, in ihrem Gewerbe zu arbeiten. Es handelt sich hier ja um ein Gewerbe, das schon seit Jahrtausenden sehr ertragsträchtig war. Welche Alternative wird ihnen denn geboten? Die Sozialhilfe? Kann das eine Maßnahme sein, die diese Frauen davon wegbringt, eine Krankheit weiterzubreiten oder verbreiten zu müssen? Diesen Fragen sollten wir uns alle in diesem Ausschuß stellen.

Ich danke Ihnen und bitte auch Sie von der Koalition, von der künftigen Regierungskoalition, den Antrag auf Einsetzung dieses Ausschusses zu unterstützen. Ich glaube, wenn Sie das jetzt nicht tun, werden Sie in spätestens zwei Jahren den gleichen Antrag stellen müssen. Dann hätten wir sehr viel Zeit verloren, auch zu Lasten derjenigen, die jetzt schon krank sind und in den nächsten Jahren krank sein werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Alterspräsident Sturmowski:

Meine Damen und Herren! Der Antrag ist begründet. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der GRÜNEN, Drucks. 12/18. Herr Abg. Krollmann, der Antrag, den Sie ansprachen, wird unter Punkt 10 abgehandelt werden.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt für den Antrag der GRÜNEN?

(Nassauer (CDU): Wir hatten Überweisung in den Ältestenrat beantragt!)

- Meine Damen und Herren, es wird vorgeschlagen, den Antrag in den Ältestenrat zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Vorschlag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag in den Ältestenrat überwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Drucks. 12/15 und Drucks. 12/17 betreffend Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Frauenfragen.

Können wir über diese beiden Anträge gemeinsam abstimmen? Sie sollen ebenfalls in den Ältestenrat überwiesen werden. Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein! Abstimmen!
- Blaul (GRÜNE): Abstimmen!)

- Dann kommen wir zur Abstimmung über diese beiden Anträge.

(Kanther (CDU): Überweisung ist beantragt!)

- Überweisung ist beantragt. Wer für Überweisung dieser beiden Anträge in den Ältestenrat ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist diesem Vorschlag zugestimmt worden. Beide Anträge sind in den Ältestenrat überwiesen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucks. 12/1. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN, im übrigen einstimmig, angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Feststellung der Tagesordnung (§ 55 Absatz 4 GOHLT)

(Welteke (SPD): Erst einmal müssen wir die Geschäftsordnung beschließen! - Gegenrufe Fischer (Frankfurt) (GRÜNE) und Kanther (CDU): Das haben wir eben getan!)

Der Vorschlag einer Tagesordnung vom 15. April 1987 liegt Ihnen schriftlich vor. Werden Vorschläge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung gemacht? - Dies ist nicht der Fall. Damit ist die heutige Tagesordnung angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beschlußfassung über die Mindeststärke einer Fraktion (§ 2 GOHLT)

Nach dem Ihnen in Drucks. 12/2 vorliegenden gemeinsamen Antrag der vier Landtagsfraktionen vom 22. April 1987 betreffend die Mindeststärke einer Fraktion soll diese gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 GOHLT auf sechs Abgeordnete festgelegt werden. Wird dagegen Widerspruch erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Damit ist die

Mindeststärke einer Fraktion auf sechs Abgeordnete festgelegt.

Jetzt kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 5:**

Wahl des Präsidenten (§ 6 GOHLT)

Herr Abg. Nassauer hat um das Wort gebeten.

Nassauer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für das Amt des Präsidenten des Hessischen Landtags schlage ich namens der Fraktion der CDU Herrn Abg. Lengemann vor.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alterspräsident Sturmowski:

Meine Damen und Herren! Werden weitere Vorschläge gemacht? - Dies ist nicht der Fall, so daß wir in die Wahlhandlung eintreten können.

Nach § 6 Absatz 1 GOHLT wählt der Landtag mit verdeckten Stimmzetteln den Präsidenten. Nach Abs. 2 ist es aber auch möglich, diese Wahl, wenn kein Abgeordneter widerspricht, durch Handzeichen vorzunehmen.

Ich frage deshalb, ob der Wahl durch Handzeichen widersprochen wird. - Dies ist nicht der Fall; es liegt kein Widerspruch vor.

Wer dem Vorschlag, Herrn Abg. Lengemann zum Präsidenten des Landtags zu wählen, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung des Betroffenen ist Herr Abg. Lengemann einstimmig zum Präsidenten des Landtags der 12. Wahlperiode gewählt worden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich frage Herrn Abg. Lengemann, ob er die Wahl zum Präsidenten des Landtags annimmt.

Lengemann (CDU):

Herr Alterspräsident, ich nehme die Wahl an.

(Allgemeiner Beifall)

Alterspräsident Sturmowski:

Im Namen des Landtags beglückwünsche ich Sie zu dieser Wahl. Ich wünsche Ihnen für dieses Amt viel Erfolg und Gottes Segen.

Präsident Lengemann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben mit Ihrer Entscheidung, mich zu Ihrem Präsidenten zu wählen, mir Vertrauen bekundet und Verantwortung übertragen. Ich übernehme diese Verantwortung als Aufgabe - wie die, die mich kennen, wissen - gern und diesmal auch freudig.

Ich übernehme diese Verantwortung und dieses Amt in der Tradition meiner Vorgänger: Otto Witte, Heinrich Zinnkann, Franz Fuchs, Georg Buch, Hans Wagner, Erwin Lang. In bewußter Annahme dieser Tradition übernehme ich wörtlich Sätze aus Präsident Dr. Langs Antrittsrede vom 13. Oktober 1983. Er sagte damals:

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern meiner Fraktion für die Nominierung, bei Ihnen allen für die eben vollzogene Wahl zum Präsidenten des Hessischen Landtags.

Ich werde mich bemühen, dieses Amt unparteiisch, objektiv, fair, sachlich und loyal auszuüben. Das können und das dürfen Sie erwarten, und darauf haben Sie einen Anspruch. Ich bitte aber hierbei Sie alle ganz persönlich um Ihr menschliches Vertrauen.

Soweit Herr Präsident Dr. Lang damals.

Das ist aber auch genau das, was ich nach dieser einstimmigen Wahl, für die ich mich ganz ausdrücklich bedanke, beim Antritt des Amtes zum Ausdruck bringen möchte.

Ich möchte weiteren Dank anfügen: zuerst an unseren Alterspräsidenten Schorsch Sturmowski.

(Allgemeiner Beifall)

Daß er ein allseits geschätzter, ja beliebter Kollege ist, wissen wir seit Jahren. Daß er die ihm heute gestellte Aufgabe als "alter Hase" meistern würde - daran hatte wohl niemand in diesem Hause einen Zweifel. Daß er sie so menschlich, wie heute geschehen, angehen würde, hatten viele erhofft, und er hat uns nicht enttäuscht. Herzlichen Dank, Herr Alterspräsident!

(Allgemeiner Beifall)

Gestatten Sie mir gleichzeitig einen Gruß an seine liebe Frau, die in dieser seiner Stunde gern da oben unter uns gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweites Wort des Dankes möchte ich unserem - nunmehr - Altpräsidenten Dr. Erwin Lang sagen. Er war ein nicht immer für jeden bequemer Präsident. Auch im Amt und nicht nur da, wie wir seit gestern erneut wissen, hat er, wenn er es für nötig hielt, Fighterqualitäten bewiesen und seine Durchsetzungsfähigkeit auf vielen Gebieten mit Phantasie und Einfallsreichtum gepaart. Hier sind wir dankbar für das, was er dabei für dieses Haus und seine Abgeordneten erreicht hat, und wir erbitten uns seinen Rat und den Einsatz seiner mannigfaltig bewiesenen Durchsetzungskraft auch in der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser zweite Amtswechsel zwischen den gleichen Personen, Herrn Dr. Lang und mir, bringt in meine Erinnerung den für mich ersten bewußt miterlebten Wechsel in einem vergleichbaren Amt. Am 5. Januar 1955 konnte ich als damals 16jähriger Austauschschüler in den Vereinigten Staaten den vierten Wechsel innerhalb von nur acht Jahren im Amt des Sprechers des Respräsentantenhauses zwischen den gleichen Personen, zwischen Joe Martin, dem Republikaner aus Massachusetts, und Sam Rayburn, dem Demokraten aus Texas,

Vgl. zum folgenden: Congressional Record, Proceedings and Debates of the 84th Congress, First Session. Vol. 101, No. 1. 5. Januar 1955, S. 5.

am Fernsehen mit verfolgen - damals für uns aus der alten Welt ein unerhörtes, besser: ungesesehenes Erlebnis, denn erst heute kann jeder Mitbürger so etwas mit beobachten. Ich konnte mit verfolgen, wie in der dort praktizierten Form Joe Martin den gerade wieder einmal aufs neue gewählten Sam Rayburn zum Stuhl des Sprechers führte, den Abgeordnetenkollegen mit einem alten irischen Sprichwort präsentierte: "Off again, on again, gone again Finnigan" und bei dem Gelächter der Kollegen ernst hinzufügte:

Mr. Speaker, do not become too attached to this chair. 1957 is just around the corner. - Verlieben Sie sich nicht in ihren Amtssessel! 1957 lugt um die Ecke.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Und ein Wechsel dann oder später, jedenfalls mal wieder ein Wechsel, ist das Gesetz, die Regel, unter der wir angetreten sind.

Nicht das Episodische, daß Exemplarische ist das, was hier interessiert. Der Wechsel hin und her, zwischen Herrn Dr. Lang und mir, diesmal akzentuiert und für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger erfahrbarer gemacht durch den Wechsel der Wählermehrheit am 5. April, ist das Bild, der Ausdruck unseres Auftrags, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes auf Zeit - vier Jahre - zu dienen. Unter dieser Grundregel der periodisch zu erneuernden Legitimation unseres Handelns und der immer wieder zu erneuernden Rechtfertigung unseres Tuns durch die diese Legitimation jeweils Übertragenden steht unsere Arbeit.

Ein weiteres: Wir müssen die Form wahren, nicht um ihrer selbst willen, denn dann wäre sie nur hohl, sondern um ihrer prägenden Kraft auf den Stil der Auseinandersetzung der politischen Kräfte willen und wegen der von den parlamentarischen Formprägnen, vor allen Dingen in England und Amerika, früh erkannten Wechselwirkung der Form auf den Inhalt der politischen Auseinandersetzung. Auch deshalb ist für mich zum Beispiel der förmliche "Ruf zur Ordnung", in der Regel nicht die normalisierende "Rüge" das probate Mittel, um an die friedensstiftende und freiheitssichernde Funktion der Regeln, der Form, und an ihre Einhaltung im Interesse aller, der Erneuerer und der Bewahrer, die es beide in fast allen Parteien gibt, zu erinnern.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, an diesem Tage des Beginns eines neuen Abschnitts unserer parlamentarischen Arbeit - durchaus auch im Sinne einer Selbstbindung - die Pflichten Ihrer Präsidenten zusammenfassen. Ich will das - für einige von Ihnen noch in Erinnerung - mit den Worten Henry Clays tun, der als 34jähriger am Tage seines Eintritts in das Repräsentantenhaus zum Speaker gewählt wurde und diese Pflichten am 1. Dezember 1823 bei seiner sechsten und letzten Wiederwahl in dieses Amt so zusammenfaßte:

Sie

- die Pflichten des Parlamentspräsidenten -

verlangen von ihm Schnelligkeit und Unparteilichkeit bei der Entscheidung über Geschäftsordnungsfragen in dem Augenblick, in dem sie akut werden; Festigkeit und Würde in seinem Verhalten gegenüber dem Hause; Geduld, Gemütsruhe und Höflichkeit gegenüber den einzelnen Abgeordneten ... Sie - die Pflichten des Parlamentspräsidenten - zwingen ihn, besonders in den Augenblicken allgemeiner Unruhe und Erregung, von denen keine parlamentarische Versammlung je ganz frei ist, ruhig, beherrscht und unerschüttert standhaft inmitten des Sturms der Debatte zu bleiben und sorgsam auf der Hut zu sein, daß die Gesetze und Regeln des Hauses bewahrt werden, wenn man sich daran macht, sie schnell verfliegenden Leidenschaften, vorgefaßten Meinungen oder dem Vorteil des Tages zu opfern.

Annals of the Congress of the United States, 18th Congress, 1st Session, Dec. 1, 1823, p 765. - zitiert in (1) Guide to Congress, 2nd edition, Washington, D.C. 1976, (2) George B. Galloway, History of the House of Representatives, New York, 1961.

Mit der Inpflichtnahme durch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, und den gern akzeptierten Pflichten dieses Amtes möchte ich Ihnen, diesem Hause, unserem Hessenparlament, dienen und einen Beitrag zur lebenden Verfassung unseres Landes leisten. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg in diese 12. Wahlperiode, machen wir uns an die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Hessenlandes!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr **Punkt 6** a der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Zahl der Vizepräsidenten (§ 6 GOHLT)

Nach § 6 der Geschäftsordnung, die wir vorhin vorläufig angenommen und in Kraft gesetzt haben, wird die Zahl der Vizepräsidenten durch Beschluß des Landtags festgelegt. - Herr Abg. Boppel hat das Wort.

Boppel (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben als GRÜNE den Antrag mit der Drucksachennummer 12/19 gestellt, die Zahl der Vizepräsidenten auf sechs zu erweitern, nicht weil wir meinen, daß der Landtag für seine eigene Funktionsfähigkeit unbedingt sechs Vizepräsidenten bräuchte, sondern weil wir gewährleistet wissen wollen, daß alle Fraktionen einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin stellen können, wie es bisher, zumindest seit wir in diesem Landtag sind, eine gute demokratische Tradition war.

Es ist ein selbstverständliches demokratisches Recht, daß jede Fraktion durch einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten ist, so wie es selbstverständliche Gepflogenheit ist, daß die größte Fraktion den Präsidenten des Landtags stellt. Selbst 1982, als die Dachlatte noch handwarm war, mit der wir geprügelt werden sollten,

(Dr. Günther (SPD): Na, na!)

als das Gepolter des designierten Innenministers Milde gegen uns als angebliche Verfassungsfeinde noch sehr laut und grobschlächtig war, wurde ein Grüner als Vizepräsident gewählt. Es war Roland Kern, der sein Amt fair, souverän, geschickt, mit Humor und sanfter Gewalt ausgeübt hat,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

genau wie sein Nachfolger im Amt, der rotationsbedingt eintreten konnte, Bernd Messinger. Beide haben in ihrer Amtsführung nie Anlaß zu Klage oder Tadel gegeben. Ich freue mich, daß ich beide heute hier begrüßen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die überzogenen Befürchtungen, die damals von der CDU - gerade von Ihnen, Herr Milde - geäußert wurden, hier würde ein Amt mißbraucht, um den Staat zu diskreditieren, haben sich als gegenstandslos erwiesen. Wir haben das nicht nötig; wir wissen Ämter und Funktionen von dem, was sonst politisch zu tun ist, wohl zu unterscheiden.

Das heißt, zusammenfassend gesagt: Die GRÜNEN hatten bisher, seit sie im Landtag sind, in jeder politischen Konstellation eine Vizepräsidentschaft inne, ob als dritte Fraktion in der 10. Legislaturperiode 1982 oder als vierte und kleinste Fraktion in der 11. Legislaturperiode von 1983 bis 1987. Es wäre in der Tat paradox, wenn wir mit diesmal 9,4 Prozent der Stimmen, mit zehn Abgeordneten so stark wie noch nie hier im Landtag vertreten, nun einer Vizepräsidentschaft beraubt würden, wenn uns diese verweigert würde.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sind wir unter die Räuber gefallen? - Zuruf des Abg. Weimar (CDU))

- Ich komme noch dazu, ob es sein kann oder nicht sein kann, Herr Weimar. Nur Geduld! - Das kann nicht sein, das darf nicht sein. Soviel praktizierte Nichtdemokratie gegenüber der drittstärksten Fraktion dieses Hauses darf es nicht geben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb machen wir hier den Vorschlag, die Zahl der Vizepräsidenten von vier auf sechs zu erhöhen. Das Revier - um es einmal so zu sagen - wäre dann groß genug, daß jeder einen Bock erlegen kann, und die, die es nötig haben, auch zwei.

Meine Damen und Herren, Sie können von Ihrer Seite einwenden, dies sei unnötig, ineffektiv, vielleicht gar eine Vergeudung von Steuergeldern wegen eines geringfügig höheren Mehraufwandes. Diese Argumente sind bekannt; sie sind zum Teil auch gar nicht so unzutreffend. Sie können sagen: Bisher hat es doch mit vieren geklappt. Warum auf einmal mehr?

(Sehr richtig! bei der CDU)

Es stimmt für die Vergangenheit, daß es mit vieren geklappt hat, aber das trifft nicht den Kern des Problems, denn es trifft nicht die Gegenwart. Warum es bisher mit vieren geklappt hat, hat ganz verschiedene Gründe.

1982 war die F.D.P. als außerparlamentarische Opposition tätig, hat sich zu Hause schon im Erklimmen von Ministersesseln geübt; das Training hat genützt. Damals war bei drei Fraktionen genug Raum, um die fünf Sessel, die insgesamt zur Verfügung standen, zu besetzen, je zwei Sessel durch die großen Fraktionen, ein Sessel durch die kleine dritte Fraktion. Allerdings sei in Erinnerung gerufen, meine Damen und Herren von der CDU: Sie haben damals gegen unseren Kandidaten, Vizepräsident Kern, gestimmt; Sie wollten uns diesen Sitz nicht gönnen. Ich hoffe, Sie sind inzwischen geläutert, haben dazugelernt und begreifen dies als ein selbstverständliches demokratisches Recht, das auch uns zusteht.

Man muß der Ehrlichkeit halber eines dazusagen: Wir wollten damals als GRÜNE auch etwas anderes. Das wissen Sie, wenn Sie die Parlamentsprotokolle nachlesen. Wir wollten eine ganz praktische, effiziente und einfache Lösung; wir wollten insgesamt nur zwei Vizepräsidenten haben. Das hätte damals geheißen: ein Präsident für die größte Fraktion, je ein Vizepräsident für die beiden anderen Fraktionen. Auf die heutige Situation übertragen, würde das heißen: ein Präsident, und die drei anderen Fraktionen stellen je einen Vizepräsidenten.

Aber wir haben auch dazugelernt. Wir wissen, daß die großen Fraktionen nicht bereit wären, auch Sie von der CDU nicht, eine solche Lösung zu akzeptieren. Deswegen haben wir einen Vorschlag gemacht, der realisierbar erscheint, der alle befriedigen kann und der uns zu dem

demokratischen Recht verhilft, das uns zusteht, das wir dringend brauchen und das auch der Landtag selber braucht. Denn wir brauchen ein funktionsfähiges Präsidium, in dem alle Parteien angemessen vertreten sind. Dieser Landtag tut sich nichts Gutes, wenn hier eine Entscheidung zustande kommt, mit der die GRÜNEN von dieser Funktion ausgeschlossen würden.

Nun können Sie von der CDU sagen: Wir kommen mit den vieren zurecht; soll doch die SPD, wie es früher schon einmal möglich war, einen Stuhl an die GRÜNEN abtreten! - Wir wissen, daß es so nicht sein wird. Die SPD hat auch für den zweiten, eigentlich uns zustehenden, um es einmal so zu sagen -

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Was gibt es da zu lachen? Wir wollen doch offen und klar reden. - Die SPD hat für den zweiten, nach demokratischer Logik eigentlich uns zustehenden Vizepräsidentenstuhl einen eigenen Kandidaten nominiert. Die Motive dafür sind bekannt, sie sind auch nachvollziehbar. Trotzdem ehren diese Motive Ihre Fraktion nicht. Sie haben aus meiner Sicht für ein Linsengericht eine demokratische Tradition dieses Hauses verkauft. - Sie können es gern noch einmal hören, wenn es sein muß: Sie haben für ein Linsengericht eine demokratische Tradition dieses Hauses verkauft. Das Trostpflaster, das Sie sich abholen, ist nicht groß genug, um die vielen klaffenden Wunden zu decken. Ihre Fraktion hätte es auch überstanden, wenn es die Besetzung dieser Position nicht gegeben hätte.

Der Kern des Problems - deswegen ist es so pikant und so schwierig - : Wir sind der Auffassung, gedeckt durch ein Verständnis von Demokratie, das wir bei den anderen Parteien im Prinzip auch glauben sehen zu können, daß uns eine Vizepräsidentschaft aus Gründen der Gleichbehandlung, aus Gründen des demokratischen Selbstverständnisses dieses Landtags zusteht. Aber wir können dies aus eigener Kraft nicht erreichen, wir brauchen die demokratische Unterstützung anderer Fraktionen. Das heißt, wir brauchen Ihre Hilfe dazu, uns dieses Recht zu geben, das uns zusteht.

Es gibt nur zwei Wege. Den einen schlagen wir vor; ich habe es gesagt: sechs Vizepräsidenten, für die großen Fraktionen je zwei, für die kleinen je einen. Die zweite Lösung wäre, wenn es beim bestehenden Usus bleibt, daß sich CDU und F.D.P. bei der Entscheidung, ob es einen zweiten Vizepräsidenten für die SPD-Fraktion oder einen Vizepräsidenten für die GRÜNEN gibt, aus demokratischer Raison in diesem Fall dafür entscheiden, den GRÜNEN zu einem Vizepräsidentensitz und damit zu einem Sitz im Präsidium zu verhelfen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob hier Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Ich weiß nicht, ob Sie wirklich das Risiko eingehen wollen, bereits in der ersten Plenarsitzung vorzuführen, wie Nichtdemokratie aussieht.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen appelliere ich an Sie - ich kann, nachdem sich die SPD-Fraktion festgelegt hat, nur an Sie appellieren -, unserem Vorschlag zu folgen. Es ist die einfache Lösung, die niemandem weh tut, uns an dieser Stelle zu unterstützen. Ich denke, es steht eine wichtige demokratische Tradition auf dem Spiel.

Zur SPD will ich nur abschließend sagen: Der Spruch, es gibt in der Opposition keine Koalition, der offenbar auch von Ihnen, Herr Krollmann, auf diese Situation hier bei

der Vizepräsidentschaft angewendet wurde, ist richtig. Nur, er ist banal an der Stelle, und er geht in die falsche Richtung.

Die CDU hat in ihrer Zeit der Opposition vorgeführt, wie man mit einem Oppositionspartner umgeht. Ich würde mir wünschen, wir würden uns wünschen, daß Sie an der Stelle soviel Weitblick haben, über den Tag hinaus zu denken

(Zuruf von der SPD)

und zu begreifen, daß es perspektivisch für dieses Land - auch wenn es keine Koalition in der Opposition geben kann - nur eine gemeinsame Alternative zu denen gibt, die hier rechts von mir sitzen, die politisch rechts von uns stehen. Deswegen auch der Appell an die SPD, dies zu überdenken.

Meine Damen und Herren, es kann sein, daß die GRÜNEN hier zwischen den Stühlen der anderen demokratischen Parteien sitzen, daß hier Entscheidungen zustande kommen, die im Fazit bedeuten, daß die GRÜNEN von der Vizepräsidentschaft ausgeschlossen wären. Das allerdings wäre ein enormer Rückschritt von Demokratie. Es wäre ein Vorgang, der das praktische Arbeiten hier im Parlament in entscheidender Weise erschwert. Deswegen noch einmal: Sie sind herausgefordert, Sie sind an dieser Stelle aufgefordert, kleinkariertes Kalkül zurückzustellen und die Bereitschaft zu zeigen, das zu tun, was bisher Usus und Praxis in diesem Hause war. Die GRÜNEN haben ein Anrecht darauf, diesen Vizepräsidentenposten auch zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Lengemann:

Das Wort hat Herr Abg. Krollmann.

Krollmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen, die Zahl der Vizepräsidenten auf sechs festzusetzen. Es wäre dies - ich sage das ohne alle Dramatik - die vernünftige Möglichkeit, alle Fraktionen zu berücksichtigen und gleichzeitig den Besitzstand der großen Fraktionen zu wahren. Daß dies etwas politisch Reales ist, soll ja wohl auszusprechen erlaubt sein.

In der Tat: Es gibt keine Koalition in der Opposition. Herr Boppel, Sie haben wirklich überzeugend dargetan, daß das so ist. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Lengemann:

Das Wort hat Herr Abg. Nassauer.

Nassauer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt, daß wir vier Vizepräsidenten haben. Ich stelle fest: Wir beantragen damit die Fortschreibung des Zustandes, wie er bisher bestand.

(Beifall bei der CDU)

Für diesen gibt es gute Gründe. Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich mich zumindest daran erinnere, was die Damen und Herren von der Sozialdemokratie uns vor vier Jahren insoweit vorgetragen haben, als wir an eine Änderung gedacht hatten.

Damals ist uns gesagt worden, es sei angemessen, wenn für jede Fraktion ein Vizepräsident zur Verfügung stehe. So haben wir in den vergangenen vier Jahren gearbeitet. Ich bin davon überzeugt, daß die Arbeitsfähigkeit des Präsidiums von der Zahl von vier oder von sechs Vizepräsidenten keineswegs beeinträchtigt wird. Ich bin deswegen auch davon überzeugt, daß wir in der Sache ganz gut beraten sind, es bei diesen vier Vizepräsidenten zu belassen.

Ich füge ausdrücklich hinzu: Das ist auch keine Frage der demokratischen Qualität. Ich glaube nicht, daß man so weit gehen kann zu sagen, die Frage der Demokratiequalität hier im Hause hänge davon ab, ob die GRÜNEN einen Vizepräsidenten bekommen oder nicht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein Wohlverhaltensbonus oder eine Selbstverständlichkeit, das ist die Frage!)

- Das ist wohl etwas überzogen, Herr Fischer. Aber ich stelle ausdrücklich fest: Wenn vier Vizepräsidenten gewählt werden und wir vier Fraktionen im Hause haben, ist fraglos Platz dafür, daß jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Das bleibt dann der Entscheidung derer, die ihren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen haben, überlassen, wie die Entscheidung ausgeht. Aber ich stelle ausdrücklich fest: Die CDU-Fraktion steht einer grünen Vizepräsidentschaft keineswegs im Wege. Das hat nichts mit der Frage zu tun, wie wir uns in der Frage der Wahlentscheidung verhalten werden.

Aber ich stelle ausdrücklich fest, daß wir mit der Fortschreibung des bisherigen bewährten Zustandes nichts ändern und damit der Vorwurf, hier geschehe etwas gegen Demokratie, absolut abwegig ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge.

Die weitergehenden Anträge sind die inhaltlich gleichen Anträge der Fraktionen der SPD - Drucks. 12/14 - und der GRÜNEN - Drucks. 12/19 -, die Zahl der Vizepräsidenten auf sechs festzulegen.

Wer diesen inhaltsgleichen Anträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Diese Anträge sind abgelehnt. Dafür haben gestimmt die Abgeordneten von SPD und GRÜNEN, dagegen die Abgeordneten von CDU und F.D.P.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU - Drucks. 12/29 -, die Zahl der Vizepräsidenten auf vier festzulegen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist angenommen. Für ihn haben gestimmt die Abgeordneten von CDU und F.D.P., dagegen die Abgeordneten von SPD und GRÜNEN. Damit ist die Zahl der Vizepräsidenten auf vier festgelegt.

Ich rufe **Punkt 6 b** der Tagesordnung auf:

Wahl der Vizepräsidenten (§ 6 GOHLT)

Es liegen Ihnen, verteilt auf die Drucksachen 12/4, 12/5, 12/7 und 12/13, Vorschläge der Fraktionen vor.

Ich frage: Werden die Vorschläge mündlich vorgetragen? Ansonsten verfahren wir in der Reihenfolge, wie immer in der Tradition des Hauses gewählt worden ist. Ich rufe zunächst den Vorschlag der SPD-Fraktion auf, Herrn Abg. Dr. Lang zum Vizepräsidenten zu wählen.

Bitte, Herr Abg. Fischer!

Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):

Wir beantragen verdeckte Abstimmung bei der Wahl der Vizepräsidenten.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Fischer hat soeben beantragt, mit verdeckten Stimmzetteln zu wählen. Wir befinden uns in der Wahl eines Vizepräsidenten, und zwar zunächst Vorschlag Dr. Lang. Ich frage, ob ein anderer Vorschlag gemacht wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Landtagsverwaltung, dafür Sorge zu tragen, daß Stimmzettel vorhanden sind. - Ich muß die Sitzung zwecks Herstellung von Stimmzetteln für einige Minuten unterbrechen.

Bleiben Sie bitte noch einen kleinen Moment auf Ihren Plätzen. Ich möchte vorweg einige Formalien erledigen. Ich hoffe, daß die Fraktionen mit einem Vorschlag, den mir die Landtagsverwaltung soeben überreicht, einverstanden sind, die Abgeordneten Dr. Jung, Dr. Schlitzberger, Blaul und Weghorn zu Wahlhelfern zu bestellen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Sie können versichert sein, daß die Stimmzettel so schnell wie möglich hergestellt werden. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.39 bis 12.47 Uhr)

Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird wieder aufgenommen. Die für die Wahl vorbereiteten Stimmzettel werden Ihnen von den Wahlhelfern ausgehändigt. Ich bitte Sie, die Stimmzettel in den beiden Wahlkabinen - wir haben jetzt zwei aufgestellt, um diese Vorgänge etwas zu beschleunigen - entweder mit "Ja", mit "Nein" oder mit "Enthaltung" zu kennzeichnen und dann in die Wahlurne zu werfen. Die Wahlhelfer werden Sie jeweils zu einer Wahlkabine weisen.

Es erfolgt namentlicher Aufruf der Abgeordneten. Gleichwohl bitte ich die Kolleginnen und Kollegen im ganzen Haus, sich in den Plenarsaal zu bemühen.

Wir beginnen mit dem Namensaufruf. Ich darf Frau Kollegin Hinz bitten, mit dem Aufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, aufgerufen worden sind alle Abgeordneten. Ich frage: Haben alle gewählt? - Auf diese Frage stelle ich niemanden im Hause fest, der seine Stimme offenbar noch nicht abgegeben hat.

Ich schließe die Wahlhandlung und bitte mit dem Auszählen der Stimmen zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung wiederum kurz. Ich bitte Sie aber, im Saal zu bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis der Wahl des Vizepräsidenten mit dem Vorschlag Dr. Lang bekannt. Es sind 110 Stimmen abgegeben worden. Gültig: 110 Stimmen. Auf den Vorschlag Dr. Lang entfielen 108 Stimmen. Keine

Stimme lautete auf "Nein", zwei Stimmen waren Enthaltungen.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist Herr Abg. Dr. Lang zum Vizepräsidenten gewählt. Herr Abg. Dr. Lang, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Lang: Ich nehme die Wahl an!)

Präsident Lengemann:

Ich bedanke mich, Herr Abg. Dr. Lang. Herr Vizepräsident Dr. Lang, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und bitte Sie, sogleich die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Vizepräsident Dr. Lang:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Ihnen allen recht herzlich für das Ergebnis der eben erfolgten Abstimmung. Da Herr Präsident Lengemann freundlicherweise meine Worte, die ich damals nach der Wahl zum Landtagspräsidenten hier gesagt hatte, vorgelesen hat, darf ich erklären, daß sie im vollen Inhalt auch für das Amt des Vizepräsidenten gelten. Ich bitte Sie also, mich auch in diesem Amt wohlwollend und kritisch zu begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt geht es weiter. Der alten Übung entsprechend - Herr Präsident Lengemann hatte das vorhin angedeutet - steht jetzt die Wahl des nächsten Vizepräsidenten an; nach dem Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN in Drucksache 12/13 soll Frau Abg. Soltwedel zur Vizepräsidentin gewählt werden. - Herr Kollege Starzacher, bitte sehr!

Starzacher (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion der SPD schlägt vor, Herrn Kollegen Dr. Günther als Vizepräsidenten zu wählen.

Vizepräsident Dr. Lang:

Wir haben also in diesem Wahlgang zwei Vorschläge. Wir dürfen auch offen abstimmen. Ich frage, ob es Widerspruch gegen offene Abstimmung gibt. - Von der Fraktion der GRÜNEN wird geheime Wahl gewünscht. Sind entsprechende Stimmzettel vorbereitet? - Das war wohl von der Kanzlei prophylaktisch schon vorgesehen. - Zur Wahl stehen Frau Kollegin Soltwedel und Herr Kollege Dr. Günther.

Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte um das Verlesen der Namen der Kolleginnen und Kollegen. Die Wahlhelfer sind selbstverständlich weiter in Funktion.

(Folgt Namensaufruf)

Hat jemand noch nicht gewählt? - Das ist nicht der Fall. Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

Meine Damen, meine Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Stimmberechtigte Abgeordnete: 110; Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 109; Zahl der gültigen Stimmzettel: 108. Auf den Vorschlag Dr. Günther entfielen 41 Stimmen. Auf den Vorschlag Soltwedel entfielen 10 Stimmen. Zahl der Enthaltungen: 57.

Damit ist die notwendige Mehrheit gemäß § 6 Abs. 3 GOHLT nicht erreicht. Es ist ein zweiter Wahlgang notwendig.

Satz 1 und 2 des entsprechenden Absatzes der Geschäftsordnung lauten wie folgt:

Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags erhält. Ergibt sich im ersten Wahlgang keine solche Mehrheit, so können für einen zweiten Wahlgang neue Bewerber vorgeschlagen werden.

Gibt es Neuanschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich zum zweiten Wahlgang auf. Ich bitte um den Namensaufruf. Die Wahlhandlung ist eröffnet.

(Folgt Namensaufruf)

Ich frage: Hat jeder seinen Stimmzettel abgegeben? - Das ist der Fall. Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte auszuzählen.

Meine Damen, meine Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Zahl der stimmberechtigten Abgeordneten: 110; Zahl der Stimmzettel: 110; Zahl der gültigen Stimmzettel: 110. Auf den Vorschlag Dr. Günther entfielen 42 Stimmen, auf den Vorschlag Soltwedel 12 Stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zahl der Enthaltungen: 56. Damit ist die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Es erfolgt ein dritter Wahlgang, in dem die relative Mehrheit entscheidet.

Der dritte Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Haben alle gewählt? - Die Wahlhandlung ist geschlossen. Bitte auszählen!

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt. Zahl der anwesenden und stimmberechtigten Abgeordneten: 110; Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 110; Zahl der gültigen Stimmzettel: 110. Auf den Vorschlag Dr. Günther entfielen 42, auf den Vorschlag Soltwedel entfielen 11. Zahl der Enthaltungen: 57.

Damit ist der Kollege Dr. Günther zum Vizepräsidenten gewählt. Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Günther (SPD): Ja!)

Ich beglückwünsche Sie im Namen des Hauses zu Ihrer Wahl.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der F.D.P.)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Unterbrechung von 14.01 bis 14.20 Uhr)

Vizepräsident Dr. Lang:

Meine Damen, meine Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen nunmehr zu dem Wahlvorschlag der Fraktion der F.D.P., Drucks. 12/5, Frau Abg. Wagner zur Vizepräsidentin zu wählen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Erhebt sich Widerspruch gegen offene Abstimmung? - Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Frau Ruth Wagner ist gewählt von allen Abgeordneten bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Frau Kollegin, nehmen Sie die Wahl an?

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr für das Vertrauen!)

- Sie nehmen die Wahl an. Ich übermittle Ihnen die besten Glückwünsche der Damen und Herren des Hauses.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir kommen nun zum Wahlvorschlag der CDU, Drucks. 12/4, Herrn Abg. Sturmowski zum Vizepräsidenten zu wählen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. - Widerspruch gegen offene Abstimmung gibt es nicht. Wer für den Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Herr Kollege Sturmowski ist bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN einstimmig gewählt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Sturmowski - - Schorsch, nimmst Du die Wahl an?

(Heiterkeit - Sturmowski (CDU): Ja!)

Herzlichen Glückwunsch aller Kolleginnen und Kollegen des Hauses!

Damit wäre dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Punkt 7 a** der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Zahl der Schriftführer (§ 6 Absatz 5 GOHLT)

Herr Kollege Kanther!

Kanther (CDU):

Herr Präsident, da fehlt eine Unterlage. Zwischen den Fraktionen ist unstreitig, daß es zehn Schriftführer sein sollen.

Vizepräsident Dr. Lang:

Ich lasse zunächst über die Zahl, worüber Übereinkunft erzielt wurde, abstimmen, und zwar sollen es zehn Schriftführer sein. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7 b** auf:

Wahl der Schriftführer (§ 6 Absatz 5 GOHLT)

Zur Wahl liegen jetzt der Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der F.D.P., Drucks. 12/10, der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Drucks. 12/23, und der Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN, Drucks. 12/28, vor.

Ich erspare es mir, die Namen vorzulesen, da alle Anwesenden des Schreibens und Lesens kundig sind. Wer diesen Wahlvorschlägen, die ich gemeinsam aufrufen kann - es erfolgt kein Widerspruch -, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmiger Beschluß.

Ich gratuliere den soeben Gewählten und bitte die Dienstältesten, die Kollegen Hilfenhaus und Meister, ihr Amt wahrzunehmen. Den beiden Abgeordneten zu meiner Rechten und Linken, den beiden Jüngsten des Hauses, danke ich für ihr Amtieren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums (§ 9 Absatz 1 GOHLT)

Die Fraktion der CDU schlägt mit Drucks. 12/8 Herrn Abg. Nassauer, die Fraktion der SPD mit Drucks. 12/24 Herrn Abg. Starzacher vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU,

Drucksache 12/8, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß bei Enthaltung der GRÜNEN ansonsten einstimmig votiert wurde.

Wer dem Vorschlag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/24, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der GRÜNEN ist ansonsten einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beschlußfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats (§ 11 GOHLT)

Gemäß § 11 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags wird die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats durch Beschluß des Landtags festgesetzt. Es wird vorgeschlagen, diese Zahl auf vier festzusetzen. Gibt es Widerspruch dagegen? - Das ist nicht der Fall; dann ist es so beschlossen. Ich stelle fest, daß die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats auf vier festgesetzt ist.

Diese vier Mitglieder werden benannt. CDU und F.D.P. haben die Abg. Windfuhr und Wilke, die SPD den Abg. Krollmann benannt. Wen benennen die GRÜNEN? - Bitte schön!

Blaul (GRÜNE):

Die GRÜNEN benennen Abg. Fischer (Frankfurt).

Vizepräsident Dr. Lang:

Damit ist der Ältestenrat vollständig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 a auf:

Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse (§ 14 GOHLT)

Hierzu liegt Ihnen der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/12, vor. Wird diesem Vorschlag widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß gemäß Drucksache 12/12 beschlossen ist.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 b und c auf:

Beschlußfassung über die Einsetzung ständiger Unterausschüsse (§ 14 GOHLT)

Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der ständigen Unterausschüsse (§ 14 GOHLT)

Die Fraktionen sind übereingekommen, die bisherigen ständigen Unterausschüsse und die Zahl der Mitglieder beizubehalten. Danach sollen folgende Unterausschüsse bestehen: Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushaltsrechnung mit neun Mitgliedern, Unterausschuß für die Stellenpläne mit sieben Mitgliedern, Unterausschuß für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung mit sieben Mitgliedern, Unterausschuß Justizvollzug mit neun Mitgliedern. Gibt es Widerspruch dagegen? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich Ihre Zustimmung fest.

Nach der Geschäftsordnung ist hier auch über die Anträge 12/16 und 12/20 betreffend Einsetzung eines Sonderausschusses "AIDS" nach § 15 der Geschäftsordnung zu beschließen. Kann über beide Anträge gemeinsam abgestimmt werden? - Darüber sind wir uns einig. Wer für diese Anträge stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN sind die Anträge abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bestellung des Hauptausschusses (§ 25 GOHLT)

Nach Artikel 93 der hessischen Verfassung bestellt der Landtag einen Ständigen Ausschuß (Hauptausschuß). Gemäß § 25 der Geschäftsordnung besteht der Hauptausschuß aus 15 nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählten Abgeordneten. Nach Absatz 3 ist eine Vertretung der ordentlichen Mitglieder nur durch die vom Landtag in einem besonderen Wahlgang gewählten Vertreter zulässig.

Hierzu liegt der gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der F.D.P. vor. Als Mitglieder des Hauptausschusses werden vorgeschlagen die Abgeordneten Lenz (Frankfurt), Dr. Jung, Möller (Gießen), Sturmowski, Troeltsch, Demke, Meister von der CDU, der Abgeordnete Weghorn von der F.D.P., die Abgeordneten Hartherz, Lütgert, Starzacher, Dr. Streletz, Winterstein und Zabel von der SPD und der Abgeordnete Fischer (Frankfurt) von den GRÜNEN.

Wer diesen Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmigen Beschluß fest.

Ich lese jetzt die Vorschläge für die stellvertretenden Mitglieder vor. Sie sind jeweils dem ordentlichen Mitglied hintangesetzt. Es sind dies von der CDU die Abgeordneten Nassauer, Degen, Fischer (Arolsen), Wenderoth, Schoppe, Friedrich, Weber, von der F.D.P. der Abgeordnete Hahn, von der SPD die Abgeordneten Dr. Dr. Bökemeier, Ernst, Fraas, Krollmann, Wagner (Eschwege) und Welteke sowie von den GRÜNEN die Abgeordnete Blaul.

Wer hier zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke! Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nur die Namen vorgelesen und mir das "Herr" oder "Frau" erspart habe. Ich muß vorsichtig sein. - Ich stelle einstimmigen Beschluß fest.

Ich rufe den Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts (Artikel 78 HV, § 2 Wahlprüfungsgesetz)

Mit Drucksache 12/11 werden Ihnen von den Fraktionen der CDU und der F.D.P. die Abgeordneten Demke und Hahn vorgeschlagen. Mit Drucksache 12/25 wird von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Dr. Bökemeier zur Wahl als Mitglied des Wahlprüfungsgerichts vorgeschlagen.

Wird der Wahl durch Handzeichen widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Können wir über beide Vorschläge gemeinsam abstimmen? - Das ist der Fall.

Wer den Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. betreffend die Immunität von Abgeordneten des Hessischen Landtags - Drucksache 12/6 -

Der vorliegende Antrag ist mit dem Wortlaut der in der vorhergehenden Wahlperiode verabschiedeten Regelung identisch. Er wird auch in den anderen Bundesländern so verabschiedet.

Wer zustimmt, daß wir wieder so verfahren, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke! Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmiger Beschluß.

Herr Kollege, bitte sehr.

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Entgegennahme einer Erklärung nach Artikel 113 Absatz 2 HV

Der Hessische Ministerpräsident hat unter dem 23. April 1987 folgendes Schreiben an den Präsidenten des Hessischen Landtags gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bevölkerung des Landes Hessen hat am 5. April 1987 ihre Abgeordneten zum Landtag neu gewählt. Der neu gewählte Landtag ist heute erstmals zusammengetreten. Gemäß Artikel 113 Absatz 2 der Verfassung des Landes Hessen erkläre ich namens der Hessischen Landesregierung den Rücktritt des Kabinetts. Die bisherige Landesregierung wird gemäß Artikel 113 Absatz 3 der Verfassung des Landes Hessen die laufenden Geschäfte bis zu deren Übernahme durch die neue Landesregierung weiterführen.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Börner

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Der Hessische Landtag hat von der Erklärung des Ministerpräsidenten für die Landesregierung gemäß Artikel 113 der hessischen Landesverfassung Kenntnis genommen. Die bisherige Landesregierung führt gemäß Artikel 113 Absatz 3 der Verfassung des Landes Hessen die Geschäfte weiter.

Damit ist Tagesordnungspunkt 14 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Wahl des Ministerpräsidenten (Artikel 101 Absatz 1 HV)

Herr Abg. Nassauer!

Nassauer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für das Amt des Ministerpräsidenten schlage ich namens der Koalitionsfraktionen der CDU und der Freien Demokraten Herrn Abgeordneten Dr. Walter Wallmann vor.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Starzacher!

Starzacher (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion der SPD schlägt für die Wahl zum Ministerpräsidenten ihren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kollegen Hans Krollmann, vor.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Hinz (GRÜ-NE))

Präsident Lengemann:

Werden weitere Wahlvorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Wahlhandlung. Herr Abg. Meister, ich bitte Sie, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren! Ich frage die Mitglieder des Hauses: Ist ein Mitglied nicht aufgerufen worden? - Das ist nicht der Fall. Hat ein Mitglied seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? - Das ist nicht der Fall.

Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlhelfer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen. Zunächst werden die ungeöffneten Umschläge gezählt.

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der Wahl zum Hessischen Ministerpräsidenten, wie es in dem Protokoll, von den vier Wahlhelfern unterschrieben, festgehalten ist, wie folgt bekannt: Zahl der anwesenden und stimmberechtigten Abgeordneten: 110; Zahl der ausgegebenen Stimmzettel: 110; Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 110; Zahl der gültigen Stimmzettel: 110. Auf den vorgeschlagenen Abg. Dr. Wallmann entfielen 57 Stimmen,

(Jubel und lebhafter, anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Abg. Dr. Wallmann nimmt Glückwünsche entgegen.)

auf den Abg. Krollmann entfielen 53 Stimmen. Enthaltungen: keine.

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 101 Abs. 1 der hessischen Verfassung ist zum Ministerpräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages erhält. Ich stelle fest: Auf den Abg. Dr. Wallmann ist die verfassungsmäßig erforderliche Mehrheit bei der Wahl zum Hessischen Ministerpräsidenten entfallen.

Herr Abg. Dr. Wallmann, ich darf Sie bitten, sich nach hier oben zu begeben! - Herr Abg. Dr. Wallmann, nachdem ich soeben das Ergebnis der Wahl zum Ministerpräsidenten bekanntgegeben habe, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Dr. Wallmann (CDU):

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

Präsident Lengemann:

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Vereidigung des Ministerpräsidenten (Artikel 111 HV)

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Herr Dr. Wallmann, nach Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten habe ich die Pflicht, Sie zu vereidigen. Nach Artikel 111 der hessischen Verfassung leistet der Ministerpräsident den Amtseid vor dem Landtag. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, ihn nachzusprechen: Sie können das unter Hinzufügung einer religiösen Beteuerungsformel tun. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde.

Ich überreiche Ihnen das einzig erhaltene Originalstück der hessischen Verfassung mit der Unterschrift des Präsidenten der Verfassungsberatenden Landesversammlung, Otto Witte, und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde. So wahr mir Gott helfe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident Lengemann:

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, spreche Ihnen die besten Glückwünsche des Hauses aus und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Sie mit Gottes Hilfe Ihr Amt zum Wohle des Landes Hessen und seiner Bürgerinnen und Bürger ausüben werden.

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Vielen Dank, Herr Präsident!

Präsident Lengemann:

Die Sitzung ist für 20 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.10 bis 15.40 Uhr)

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung wird wieder aufgenommen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

a) Regierungserklärung**b) Mitteilung über die Ernennung der Minister (Artikel 101 Absatz 2 HV)**

Der Tradition dieses Hauses gemäß erfolgt der Aufruf der beiden Punkte zusammen.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe die Ehre, vor dem Hohen Hause heute die erste Regierungserklärung in der 12. Legislaturperiode des Hessischen Landtags abzugeben. Die Neuwahl des hessischen Ministerpräsidenten und die sich daran anschließende Regierungsbildung sind die Konsequenz der hessischen Landtagswahl vom 5. April dieses Jahres.

Hier findet heute kein Machtwechsel statt. Hier vollzieht sich ein demokratischer Vorgang in der Kontinuität der hessischen Verfassung.

Die Wählerinnen und Wähler des Landes Hessen haben den Abgeordneten von CDU und F.D.P. die parlamentarische Mehrheit auf Zeit übertragen. Und sie werden in vier Jahren darüber befinden, wie die gewählten Abgeordneten mit diesem Auftrag umgegangen sind.

Wir stehen an keinem Anfang wie im Jahre 1946, sondern ich fühle mich in dieser Stunde aufgehoben in dem großen Traditionsstrom deutscher und hessischer Demokratie.

Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf hinfahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick, kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sankt Georg, Sankt Christopherus!)

Dieser Satz Bismarcks in einem Brief an seine Frau Johanna drückt jene Bescheidenheit aus, die dem Politiker, meine Damen und Herren, eignen sollte, der sich der Vorläufigkeit und Zeitbedingtheit seines Tuns bewußt ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich stehe in der Kontinuität. Meine Anerkennung gilt in dieser Stunde denen, die vor mir in diesem Amt waren: dem ersten gewählten Ministerpräsidenten Stock wie dem Ministerpräsidenten Georg August Zinn, der sich um unser Land verdient gemacht hat.

Mein Dank gilt in dieser Stunde besonders dem scheidenden Ministerpräsidenten Börner. Uns beide hat vieles getrennt. Ich habe seine Politik bekämpft. Aber ich weiß, daß auch er - auf seine Weise - das Beste für dieses Land gewollt hat und daß er ihm seine Kraft, ja seine Gesundheit geopfert hat.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

CDU und F.D.P. auf der einen, SPD und GRÜNE auf der anderen Seite dieses Hauses trennt gewiß vieles. Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir alle dem Gemeinwohl verpflichtet, die Regierung, indem sie handelt, die Opposition, indem sie den Wählern Alternativen zu diesem Handeln aufzeigt und dafür um Zustimmung wirbt.

Der Hessische Landtag ist die demokratische Repräsentanz des hessischen Staatsvolkes, und ich halte auch bei schweren politischen Differenzen an der Gemeinsamkeit der Demokraten fest.

Edmund Burke hatte in seiner berühmt gewordenen Rede als Kandidat an seine Wähler von Bristol im Jahre 1774 - ich denke, für alle Zeiten - gültig formuliert:

Das Parlament ist nicht ein Botschafterkongreß mit verschiedenen, sich feindlich gegenüberstehenden Interessen, die jeder als Agent oder Advokat gegen andere Agenten oder Advokaten vertreten muß; das Parlament ist die Beratende Versammlung einer Nation mit einem Interesse, nämlich dem des Ganzen, wo nicht lokale Ziele, nicht lokale Vorurteile die Richtung bestimmen sollten, sondern das allgemein Beste, das sich aus dem Gesamtinteresse ableitet.

Wir sollten in diesem Sinne, jeder an seinem Platz, unsere Aufgaben zu erfüllen suchen. Aber um nicht mißverstanden zu werden, füge ich hinzu: Dieser Regierungswechsel bedeutet natürlich auch Wandel, auch Erneuerung. Wandel heißt für mich liberale Erneuerung Hessens. Ich sage das ohne Pathos, denn es ist nur natürlich, daß 40 Jahre, die ganz wesentlich von einer großen Partei bestimmt wurden, Verkrustungen hervorgebracht haben.

(Dr. Günther (SPD): Hahaha!)

Demokratie lebt vom Wandel. Sie lebt davon, daß sich Änderungen nicht durch revolutionäre Gewalt, sondern in den Formen des parlamentarischen Wechsels vollziehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden neue Antworten auf alte Fragen suchen müssen. Wir werden den Versuch unternehmen, auf anderen Wegen die Probleme zu lösen, die sich unseren Vorgängern gestellt haben. Hessen hat dafür eine große Tradition, eine Tradition der Erneuerung, auf die ich mich bewußt berufe.

(Boppel (GRÜNE): Georg Büchner!)

Hessen hat der Reformation entscheidende Impulse gegeben. In der Frankfurter Paulskirche unternahmen deutsche Bürger den Versuch, einen demokratischen Staat zu schaffen. Die großen hessischen Poeten Goethe, Börne und Büchner haben auf ihre Weise aus der Enge heraus gestrebt. Sie wollten weg von den ewig gleichen Antworten. Sie haben neue Wege beschritten, nach neuen Lösungen gesucht.

Ich beziehe in diese hessische Tradition der Erneuerung von Abgelebtem auch die Frankfurter Schule und die kritische Theorie ein.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das sagen Sie einmal Herrn Kanther! Da muß er aber umlernen!)

Ich denke in diesem Moment dankbar an Prof. Leo Loewenthal in Berkeley, dem ich manch gutes Gespräch und manche Einsicht verdanke.

Wir leben in einer Zeit des Übergangs. Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen verändern sich. Neue Fragen überdecken alte Probleme. Neue politische Kräfte formieren sich und repräsentieren neue Wertvorstellungen.

Eine solche Zeit des Übergangs, des Umbruchs benötigt geistige wie politische Führung, gerade weil wir noch nicht wissen, wie die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts aussehen wird.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Behutsamkeit und Festigkeit zugleich werden uns abgefordert.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mut zur Zukunft!)

Geistige Führung in einer solchen Zeit hat mehrere Möglichkeiten. Die eine weist den Weg zur Anpassung an neue Entwicklungen und die sie tragenden Wertvorstellungen. Eine zweite Möglichkeit ist die bewußte Abwehr eben des Neuen und das Festhalten am Tradierten. Aber es gibt noch eine dritte Möglichkeit politischen Handelns. Sie besteht im Festhalten am Bewährten, an den staatlichen Institutionen, verbunden mit Toleranz und fragernder Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Dieser Weg versucht eine Polarisierung der Gesellschaft in der Überzeugung zu vermeiden, daß oft das Tradierte das Bewährte ist, daß aber neue Überzeugungen und Wertvorstellungen ernsthaft geprüft und gegebenenfalls auch angenommen werden müssen.

Dieser Haltung fühle ich mich aus Einsicht und persönlicher Lebenserfahrung verpflichtet. Jene "neue Unübersichtlichkeit", von der Habermas immer wieder spricht, fordert von uns, nicht zu polarisieren, sondern das Gemeinsame zu bewahren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ganz neuer Denker hier!)

und zugleich, meine Damen und Herren, am demokratischen Rechtsstaat als der einzigen friedensstiftenden Ordnung festzuhalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Gesellschaftliche Konflikte müssen mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats bewältigt werden. Gewalt steht nur dem Staat nach Maßgabe geltenden Rechts zu.

Gewalt durch den einzelnen oder Gruppen verletzt den inneren Frieden. Diese klare Unterscheidung werden wir auch nicht durch verschwommene Begriffsbildungen wie "strukturelle Gewalt" ins Zwielficht rücken lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich weiß, daß viele Menschen heute zu Recht Fragen an Politik und Politiker stellen: Müssen wir die Strukturen unserer Industriegesellschaft ändern, um Ausbeutung von Natur zu beenden? Welche Technologien nutzen den Menschen, ohne Natur und Umwelt zu zerstören? Wie verbinden wir Ökologie und Ökonomie? Wie schaffen wir auf beschränktem Raum neue Arbeitsplätze ohne neue Umweltzerstörung? Wie werden wir, wie wird der einzelne mit den Anforderungen der Informationsgesellschaft fertig?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): 16 Kanäle, Herr Wallmann!)

Wie gelingt es uns, daß mehr Lebensqualität nicht einfach nur mehr Quantität ist? Wie erreichen wir eine freiwillige Begrenzung der Gruppenansprüche durch einen breiten Konsens über eine gemeinsame Auffassung vom öffentlichen Interesse?

(Boppel (GRÜNE): Senkung des Spitzensteuersatzes!)

Meine Damen und Herren! Es gibt auf diese Fragen für manche wohl eine Menge Antworten,

(Boppel (GRÜNE): Ja!)

aber es gibt keine Gewißheiten.

(Boppel (GRÜNE): Wir sind gespannt, sie zu hören!)

Es mag Lösungsansätze geben, und es gibt sie, aber es gibt keine Sicherheit.

(Boppel (GRÜNE): Selbst bei AKWs!)

Jede Politik in einer sich schnell wandelnden Welt steht heute teilweise sehr unterschiedlichen Bewußtseinshaltungen gegenüber:

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Alles Platitüden!)

Befreiungserwartung und Katastrophenangst, utopische Fortschrittsphilosophie und apokalyptische Verfallsphilosophie sind häufig Begleiter der modernen Politik. Ihr Auftreten hat viel mit der großen Veränderungsbeschleunigung zu tun, die für viele Menschen Entscheidungen undurchschaubar macht. Es wächst die Kluft zwischen Erfahrung und Erwartung, zwischen Herkunft und Zukunft. Die Erfahrungen der Vergangenheit geben immer weniger konkrete Handlungsanleitungen für die Probleme von morgen.

Wie muß die Politik darauf reagieren? Was müssen wir tun, um diese Kluft zu schließen? - Ich will drei Antworten geben, die auch künftig mein Handeln in der Politik bestimmen werden.

Die erste Antwort besteht im unbedingten Festhalten an der bürgerlichen Aufklärung, an Rationalität und kritischer Analyse. Nicht die Abwendung von der Aufklärung, nicht die Abwendung vom rationalen Diskurs bringen uns weiter.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ei, ei, ei!)

Wir dürfen uns nicht in eine neue Unmündigkeit begeben. Wir müssen festhalten an unserer Überzeugung von der menschlichen Fähigkeit zur Vernunft und zu einer rational verständlichen Welt,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

an der Bejahung der Einzigartigkeit jeder menschlichen Persönlichkeit.

Die zweite Antwort liegt in der Besinnung auf unsere Wurzeln, auf Tradition und Geschichte. Wenn - wie es formuliert wurde - immer weniger Herkunft Zukunft sein wird, müssen wir zum Beispiel Künste pflegen,

(Fischer (Frankfurt (GRÜNE): Zünfte oder Künste?)

geschichtliche Erfahrung weitergeben, um mehr Herkunft in die Zukunft mitzunehmen. Diese Einsicht, meine Damen und Herren, wird unsere Bildungspolitik, unsere Hochschulpolitik, unsere Kunst- und Kulturpolitik bestimmen.

Die dritte Antwort sehe ich in der kulturellen Entfaltung der Gemeinschaft wie des einzelnen. Noch immer sind Theater, Museen und Konzerthäuser Schauplätze der Selbsterfahrung.

(Boppel (GRÜNE): Selbstdarstellung!)

Die Entfaltung der Kunst ist der Gradmesser des geistigen Reichtums, der Kreativität und der Toleranz eines Volkes.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich bin mir bewußt - und ich habe es oft genug erfahren -, daß der Umgang mit Künsten und Künstlern Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten mit sich bringt.

(Boppel (GRÜNE): Zirkus Roncalli!)

Kunst ist oft Provokation, Ärgernis, Protest gegen die Konvention, Einspruch.

(Fischer (Frankfurt (GRÜNE): Wohl wahr!)

Aber wegen der Bedeutung der Künste für die Gesellschaft und für den einzelnen müssen wir bereit sein, dies zu akzeptieren. Das Bekenntnis zur Freiheit der Kunst schließt ihre Förderung ein. Das gilt für die Ausstattung und Einkaufsmöglichkeiten der Landesmuseen, das gilt für die Bibliotheken und die Zuschüsse für die Restaurierung von Kunstdenkmälern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Wie viele Millionen?)

Wir werden uns um unsere Theater zu kümmern haben, die als zentrale Orte des Wiedererkennens immer neu die Chance bieten, demokratische Gesellschaft zu konstituieren.

Meine Damen und Herren, ich habe von der Kontinuität und vom Wandel gesprochen. Wandel wird sich vor allem dort vollziehen, wo uns grundsätzliche Auffassungsunterschiede über die Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft von unseren Vorgängern trennen. Damit sind Grundauffassungen verbunden, die nicht verkleinert werden sollen und die nicht verkleinert werden dürfen. Regierung und Koalitionsfraktionen bleiben ihren Grundsätzen treu. Wir werden uns nicht populistisch gehenlassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sehe darin Ausdruck und Verpflichtung zum sachgerechten Handeln freier und mündiger Bürger.

(Boppel (GRÜNE): Konkret!)

Bürgerlich ist - so hat es Georg Lukács einmal definiert - die Herrschaft der Ordnung über die Stimmung, des Dauernden über das Momentane, der ruhigen Arbeit über die Genialität, die von Sensationen gespeist wird.

(Zurufe von den GRÜNEN - Holzapfel (SPD): Jetzt fehlt nur noch Mao Tse-tung!)

Und ich bin der Auffassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nur der Politik wirklich begreift, der sich nicht nur mit Tagesfragen auseinandersetzt und Schlagzeilen hinterherrennt

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt (GRÜNE): Wohl wahr!)

und der deswegen übrigens auch davon weiß, daß mit ihm nicht die Welt begonnen hat, sondern daß er in einer langen Kette ein Glied ist.

(Fischer (Frankfurt (GRÜNE): Im Strom, wie Sie zu sagen pflegten!)

Wir werden dies im Bereich der Kultur- und Schulpolitik, der Wirtschaftspolitik, des Verhältnisses zum Bundesstaat wie in unserer Auffassung vom Wesen des Staates deutlich machen.

Wir geben der privaten Lebensentscheidung des Bürgers Vorrang vor staatlicher Reglementierung.

(Boppel (GRÜNE): Freie Fahrt für freie Bürger!)

Nicht der Staat, nicht die Gesellschaft, nicht die Organisation, sondern die Bürger selbst sollen ihr Leben gestalten können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt (GRÜNE))

Die neue Landesregierung wird deshalb politische Rahmenbedingungen schaffen, die freiheitliche Lebensentscheidungen vieler Menschen möglich macht.

(Fischer (Frankfurt (GRÜNE): Keine Volkszählung demnach! - Boppel (GRÜNE): Keine Abschiebung von Ausländern!)

Wir werden in der Bildungspolitik die bestmögliche Förderung jedes jungen Menschen und seiner Begabung in allen Bildungsabschnitten in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Blaul (GRÜNE): Nach Einkommen gestaffelt!)

Nicht Zwang zur Gleichheit, nicht Einheitsschule, sondern gegliedertes Schulsystem einschließlich der Gesamtschulen und der Förderstufe als "Angebotsschule" sind unsere freiheitliche Alternative zur bisherigen Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die schulische Erziehung und Bildung orientieren sich an dem Ziel, den einzelnen zu Verantwortungsbewußtsein, Toleranz und Kritikfähigkeit zu erziehen. Für die Zukunft einer freiheitlichen Gesellschaft und für die beruflichen Chancen der jungen Generation sind die wissenschaftlichen Leistungen der Hochschulen, die Ergebnisse ihrer Forschung und deren Transfer in die Arbeitswelt eine entscheidende Voraussetzung.

Schließlich wollen wir Hessen nicht zur Medieninsel machen, sondern private Programmanbieter auch in diesem Bereich zulassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dabei bin ich mir unserer Verpflichtung für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem sehr wohl bewußt. Wir werden aber auch hier nach Möglichkeiten suchen und sie finden, die freie Entscheidung des einzelnen zu sichern. Wir werden keine ideologisch bestimmte Gegengewichtspolitik betreiben - weder gegenüber dem Gesamtstaat

Bundesrepublik Deutschland noch gegenüber den Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden bei allen Abstimmungen im Bundesrat hessische Interessen und hessische Bedingungen berücksichtigen und einbringen. Dabei vergessen wir nicht, daß wir Teil der ganzen Republik sind.

(Claus (SPD): Auch der Gegenstimmen!)

Nicht der parteipolitische Gleichschritt, sondern der Föderalismus als Wahrer des einzelstaatlichen wie des gesamtstaatlichen Interesses ist uns Maßstab für unser bundespolitisches Verhalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nun zu einigen Einzelthemen, natürlich in der gebotenen Konzentration.

Umwelt- und Energiepolitik: Der Schutz und die Verbesserung unserer Umwelt haben für die Koalition und Landesregierung besondere Bedeutung. Nicht nur zur Beseitigung von Schäden, sondern vor allem zu einer vorsorgenden Umweltpolitik sind wir gemeinsam verpflichtet. Die Landesregierung wird namentlich die Möglichkeiten ausschöpfen, die ihr durch die Gesetzgebung des Bundes eingeräumt werden.

(Boppel (GRÜNE): Also ALKEM schließen!)

Sie begrüßt, daß die Regierung Kohl im Umweltschutz mit klaren Zielvorstellungen und einem klaren Konzept in die kommende Legislaturperiode geht.

(Widerspruch und Zurufe von den GRÜNEN - Zurufe von der SPD - Beifall bei der CDU)

Diese Koalition in Bonn hat in den zurückliegenden vier Jahren mehr geleistet, als die Vorgänger in 13 Jahren auch nur an Zielen formuliert haben.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da klatscht nicht einmal die F.D.P. - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Leben und Gesundheit der Menschen haben oberste Priorität.

(Boppel (GRÜNE): Auch in Hanau, Herr Wallmann!)

Deswegen bedarf es einer großen gemeinschaftlichen Anstrengung, um alle gesellschaftlichen Kräfte auf den Schutz und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu verpflichten. Wir bemühen uns dabei um Gemeinsamkeit. Wir werden aber auch keinem Konflikt, mit welcher gesellschaftlichen Gruppe auch immer, aus dem Wege gehen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Na, na!)

wenn dies im Interesse von Leben und Gesundheit der Menschen geboten ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von den GRÜNEN)

Aber wir suchen den Konflikt nicht. Wer im Umweltschutz etwas erreichen will, braucht - und nicht zuletzt - den Konsens.

(Beifall bei der CDU - Boppel (GRÜNE): Mit Hoechst!)

Für mich geht Kooperation vor Konfrontation.

(Beifall bei der CDU - Boppel (GRÜNE): Die alte Leier!)

Die Dämonisierung unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft weist uns keinen Ausweg aus den Problemen,

(Boppel (GRÜNE): Die Demolierung!)

vor denen wir auch in unserer Zeit ganz gewiß stehen. Ebenso lehnen wir es ab, die Land- und Forstwirte als Feinde eines wirksamen Naturschutzes anzuklagen. Umweltschutz ist nach unserer Überzeugung nur mit, nicht gegen die Industrie, Naturschutz ist nur mit, nicht gegen unsere Land- und Forstwirte zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer

(Frankfurt) (GRÜNE): Der arme Herr Weimar! -

Boppel (GRÜNE): Der arme Karlheinz!)

Die soziale Marktwirtschaft hat sich als fähig erwiesen, das zunächst vordringliche Problem der Versorgung unserer Gesellschaft - wie ich finde, beispielhaft - zu lösen. Mit dieser sozialen Marktwirtschaft wird es uns gelingen, die Frage der Entsorgung ebenfalls zu klären.

(Boppel (GRÜNE): Müll ins Grundwasser!)

Meine Damen und Herren, mit uns findet "Mülltourismus" nicht statt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Abwarten! 1,5 Millionen Tonnen bundesweit, Herr Umweltminister!)

Wir wälzen die Entsorgungsprobleme unseres Landes nicht auf unsere Nachbarn ab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Ab wann gilt das denn? - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): In 14 Monaten ist alles gestoppt!)

Die bis 1982 in Hessen gültige Abfallbeseitigungsplanung wird nach Fortschreibung und Aktualisierung wieder zur Grundlage geordneter hessischer Abfallpolitik gemacht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Hessische Abfallgesetz wird unverzüglich an das entsprechende Bundesgesetz angepaßt. Die notwendigen Rechtsverordnungen werden zügig erlassen.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung wollen wir - gerade auch nach den Erfahrungen der jüngsten Smog-Periode - eine spürbare Verbesserung des gebietsbezogenen Immissionschutzes. Dazu gehören unter anderem Hilfen zur Energieeinsparung und Schadstoffreduzierung auch bei kleinen Feuerungsanlagen.

Sowohl bei der Luftreinhaltung als auch beim Gewässerschutz gilt: Wir benötigen klare gesetzliche Regelungen, deren Einhaltung genau zu überwachen ist. Ergänzend streben wir freiwillige Vereinbarungen an.

(Boppel (GRÜNE): Es gibt doch Gesetze genug!)

Wir setzen auf Zusammenarbeit, ohne Maßnahmen der Überwachung und der Gesetzgebung, wenn nötig, zu vernachlässigen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Tempo 150!)

Wir wollen eine regelmäßige, betriebsunabhängige Überwachung der Funktionsfähigkeit bereits genehmigter Anlagen. Ergänzend setzen wir aber auch auf regelmäßige Eigenkontrollen der Anlagenbetreiber.

(Boppel (GRÜNE): Das ist eine Platitüde!)

Eine anspruchsvolle Umweltpolitik

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das ist die Realität!)

bietet die Chance für die Entwicklung neuer, exportfähiger Umweltschutztechnologien. Es gilt, das in unserer Gesellschaft vorhandene Potential an Phantasie, Kreativität und Erfindergeist freizusetzen.

Unsere hessischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind fleißig und leistungsbereit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Hessen liegt in der Mitte der Bundesrepublik.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Chance werden wir nutzen.

Wir hätten sie insbesondere in Nord-, Ost- und Mittelhessen in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel mehr nutzen müssen, als es geschehen ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Chancen und Möglichkeiten, die die soziale Marktwirtschaft bietet, wollen wir ausschöpfen.

(Dr. Günther (SPD): Welches Land hat denn die stärkste Steuerkraft?)

Es gibt kein anderes Wirtschaftssystem, das sich mit dieser sozialen Marktwirtschaft auch nur annähernd vergleichen kann, wie uns ein Blick in Länder mit anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen ja eindringlich lehrt; das gilt übrigens auch für den ganzen Bereich des Umweltschutzes.

(Welteke (SPD): Mit Blick auf die Landwirtschaft sehen wir das!)

Die Förderung neuer Technologien zur Verbesserung der Umweltqualität wird daher ein wesentliches Element der neuen Regierungspolitik sein. Mit der Wissenschaft und mit der Industrie sind die Probleme zu lösen. Darum geht es, und das ist unser Ziel. Wir wollen daher eine stärkere Zusammenarbeit in der Entwicklung von neuen Umweltschutztechnologien zwischen Land, Hochschulen, Industrie und Unternehmungen aller Art und Größe.

(Boppel (GRÜNE): Alternative Betriebe!)

Dies soll gerade den Gebieten unseres Landes mit einer unzureichend entwickelten Infrastruktur zugute kommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unsere Gewässer brauchen dringend eine schnellere Entlastung von Schadstoffen. Die Gewässergüte muß weiter erheblich verbessert werden. Durch ein Kläranlagen Sonderbauprogramm, durch Novellierung des Hessischen Wassergesetzes,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da gibt es schon einen Entwurf der CDU!)

durch Schutz der Wassereinzugs- und Wasserschongebiete, durch Vorsorge gegen Chemieunfälle werden wir die erforderlichen Verbesserungen erreichen, die bis jetzt im Lande Hessen leider überhaupt nicht stattgefunden haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der Energiepolitik treten wir für den sparsamen Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen ein.

(Welteke (SPD): Lieber Fisch!)

Maßnahmen zur Energieeinsparung werden daher in Zukunft besondere technologische und wirtschaftliche Priorität haben. In der Forschung sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um neue Methoden der Energiegewinnung zu entdecken, zu entwickeln und zu fördern.

(Blaul (GRÜNE): Einzusetzen!)

Das hessische Energiegesetz wird novelliert.

(Welteke (SPD): Seite 6 unten!)

Die langfristige, ausreichende Versorgung Hessens mit Strom ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik unseres Landes. Deshalb wird ein Standortsicherungsplan für alle hessischen Kraftwerke erarbeitet. Für die hessischen Kraftwerksstandorte Biblis und Borken bedeutet dies insbesondere: Biblis A und B bleiben zur Stromerzeugung in Betrieb. Ihre Sicherheitseinrichtungen werden ständig überprüft,

(Boppel (GRÜNE): Durch die OSART-Kommission!)

Nachrüstungen bei Bedarf vorgenommen. Zur Energieversorgung reichen zwei Kraftwerkblöcke in Biblis aus. Im übrigen gilt gerade für Nuklearanlagen der Satz: "Sicherheit hat Vorrang gegenüber allen anderen Gesichtspunkten."

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Kaum zu glauben! - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Gibt es irgendwo Zweifel an der Sicherheit,

(Zurufe von den GRÜNEN: Ja, ja!)

dann wird abgeschaltet. Borken, meine Damen und Herren, soll Standort für ein modernes Kraftwerk bleiben. Welcher Kraftwerkstyp dafür am besten geeignet ist, werden wir weiter untersuchen. Entscheidungen der Betreiberfirma, etwa in Vorstands- und Aufsichtsratsgremien bis jetzt einstimmig getroffen, auch Vertreter öffentlicher Hände dabei anwesend und dem nicht widersprechend, werden noch einmal zu untersuchen sein.

Ein Wort zu den Hanauer Nuklearbetrieben. Die nunmehr im zwölften Jahr anhängigen Genehmigungsverfahren müssen endlich - das heißt, zum frühestmöglichen, sachlich vertretbaren Zeitpunkt - zum Abschluß gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden auch hier den notwendigen, von Recht und Gesetz gebotenen Entscheidungen - Genehmigung oder Versagung - nicht aus dem Wege gehen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ach, ach!)

Im Interesse der Bevölkerung und besonders der in den Hanauer Nuklearbetrieben Beschäftigten ist auch dabei ein Höchstmaß an Sicherheit oberstes Gebot.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Meine Damen und Herren, zur Familien- und Frauenpolitik: Die Familie hat für den einzelnen wie für die Gesellschaft entscheidende Bedeutung.

(Boppel (GRÜNE): Wir hätten gern mehr zu Hanau gehört!)

Menschliche Bindungen, Verantwortungsbewußtsein für den Nächsten werden wir bewahren und gewinnen, wenn wir unserer Verantwortung gegenüber der Familie gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Landesregierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die unseren Familien zu helfen geeignet sind.

Die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ist vom Gedanken des Wettbewerbs und der Effizienz geprägt. Familiäre Beziehungen, Familien haben eine andere Grundlage. Zuwendung und Liebe sind nicht an die Erwartung einer Gegenleistung geknüpft.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der Frauenausschuß wäre doch ganz gut!)

Erst die Erfahrung des Angenommenseins, der Geborgenheit

(Boppel (GRÜNE): Familienausschuß!)

und der uneigennützigen Sorge für andere macht den jungen Menschen fähig, Partner zu sein und Verantwortung für seine Mitmenschen wahrzunehmen und nicht auf andere abzuschieben.

(Beifall bei der CDU - Boppel (GRÜNE): Sie wollen doch Ausländer abschieben!)

Deshalb ist unsere Hilfe und unsere Unterstützung gegenüber Kindern, Eltern und Familien kein Akt staatlicher Großmut, sondern Ausdruck unserer Pflicht zur Solidarität und Menschlichkeit. Hessen soll ein kinderfreundliches Land sein, in dem sich Familien wohl fühlen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Gilt das auch für türkische Kinder?)

Wir wollen unsere Kinder nicht in das Getto eingezäunter Spielplätze verbannen,

(Zurufe von den GRÜNEN)

und wir müssen verhindern, meine Damen und Herren, daß mit dem Ja zum Kind ein Schritt in das soziale Abseits getan wird. Deshalb darf es zum Beispiel auch nicht an fehlenden Plätzen und zu hohen Gebührenbelastungen für Eltern scheitern, daß alle Kinder einen Kindergarten besuchen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zu den neuen Herausforderungen, vor denen auch Familienpolitik heute steht, gehört natürlich das gewandelte Verständnis von der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft. Es geht nicht darum, alte Rollenklischees durch neue zu ersetzen. Vielmehr wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Handlungsräume für eine verantwortete persönliche, individuelle Lebensgestaltung erweitert werden.

(Boppel (GRÜNE): An Heim und Herd!)

Die Landesregierung will dazu beitragen, die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen wie politischen Wirklichkeit durchzusetzen. Dabei geht es um veränderte Berufsstrukturen. Sie können den Wiedereintritt ins Berufsleben erleichtern. Es geht um flexible Arbeitszeiten. Sie können Frauen helfen, eine berufliche Tätigkeit, Haushaltspflichten, Kindererziehung - wenn sie es wollen, auf sie kommt es an - in Einklang zu bringen und, wenn sie es wollen,

(Zurufe von den GRÜNEN)

in gemeinsamer Verantwortung innerhalb der Familie wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von den GRÜNEN)

So können wir einen Beitrag, gewiß nur einen Beitrag, aber einen Beitrag dazu leisten, Partnerschaft zu verwirklichen.

(Boppel (GRÜNE): Wallmann an den Herd!)

Zu einer zentralen Aufgabe der Familien- und Frauenpolitik gehört eine verbesserte Hilfe für schwangere Frauen in Not.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

In Hessen stehen zirka 50.000 Geburten pro Jahr 30.000 Abtreibungen gegenüber.

(Ibel (CDU): Ein Skandal!)

Ich sage ganz ruhig, aber mit allem Nachdruck: Auch das ungeborene Leben hat ein Recht auf Schutz und Hilfe.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Materielle Hilfen und Unterstützung können gewiß nicht alles leisten. Aber sie können dazu beitragen, daß immer weniger Abtreibungen vorgenommen werden. Dazu wollen wir in der neuen Landesregierung und mit der Koalition einen wichtigen Beitrag in unserem Hessenland leisten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich habe gesagt, finanzielle, materielle Leistungen können nur ein Beitrag sein. Deswegen müssen wir uns jenen schwangeren Frauen in Not auch ganz persönlich und menschlich zuwenden, wo es in unserer Verantwortung nur möglich ist.

(Zuruf von der SPD: Das macht schon PRO FAMILIA!)

Vergessen wir übrigens nicht, daß sich Tausende kinderloser Ehepaare oft jahrelang darum bemühen, Kinder zu adoptieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Peinlich!)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

(Boppel (GRÜNE): Jetzt kommt noch die Gentechnik dazu!)

Einige Bemerkungen zu Fragen der Finanz-, Struktur- und Wirtschaftspolitik. Die Finanzpolitik insbesondere steht sowohl im Zeichen der Sparsamkeit als auch im Zeichen öffentlicher Investitionen zur Erhaltung und Gewinnung von Arbeitsplätzen. Für die Landesregierung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine der herausragenden Aufgaben, vor denen wir heute stehen.

(Boppel (GRÜNE): Wie in Bonn!)

Dies gilt insbesondere für den nord-, ost- und mittelhessischen Raum, in dem es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist, mit einer zielstrebigem Wirtschafts- und Strukturpolitik ein zukunftsorientiertes Angebot an Arbeitsplätzen zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen wollen und werden wir - ganz gewiß nicht von heute auf morgen, auch nicht in wenigen Monaten, aber im Lauf der Zeit - Schritt für Schritt kontinuierlich und zäh günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung moderner Unternehmungen schaffen, etwa des Umweltschutzes, des Dienstleistungssektors,

(Boppel (GRÜNE): Leere Versprechungen!)

moderner Industrien, die zukunftssträftig sind. Wir wollen die Innovationskraft insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen weiter nutzen und für unser Hessenland aktivieren.

(von Plottnitz-Stockhammer (GRÜNE): Das klingt ja wie das Paradies!)

Deswegen soll der Forschungstransfer verbessert und im Hinblick auf die Stärkung strukturschwächerer Regionen insbesondere durch Zukunftstechnologien genutzt werden.

(Boppel (GRÜNE): Welche denn?)

Forschungspolitik ist nicht nur Forschung im engeren Sinne, sondern all diese Disziplinen, unter welchen Überschriften sie auch stehen, sind voneinander abhängig. Gerade in diesem Zusammenhang hat der Forschungstransfer eine überragende Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden für die Neuansiedlung von Betrieben werben und Voraussetzungen schaffen,

(Boppel (GRÜNE): Reine Sprechblasen!)

wo immer dies nur möglich ist. Wir wollen aktiv in die Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsstandorten treten.

(Boppel (GRÜNE): Zum Beispiel zu Bayern oder Baden-Württemberg! Eine Teststrecke für Daimler-Benz bauen!)

Wir wissen, daß immer mehr gerade zukunftssträftige Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen die kulturelle Infrastruktur einer Region als eine wichtige Voraussetzung für ihre Standortentscheidungen betrachten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es geht um die Verbesserung der gesamten Infrastruktur. Es geht nicht nur um ökonomische Daten; es geht auch um die Verbesserung kultureller Angebote, es geht um die Verbesserung schulischer Angebote. All dieses ist für die Wirtschaftsansiedlung von großer Bedeutung.

Ich füge hinzu: Die Anstrengungen der Bundesregierung für das Zonenrandgebiet werden wir nachhaltig unterstützen.

(Boppel (GRÜNE): Die waren doch bis jetzt wirkungslos!)

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist eine weitere entscheidende Voraussetzung für den Abbau des Süd-Nord-Gefälles.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Welche Strecke wird demnächst geschlossen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es sich dabei nicht darum handelt, Beton in die Landschaft zu gießen, versteht sich von selbst.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Planvoll!)

Die Koalition wird handeln, wenn es darum geht, die Erhöhung der Mittel für den Straßenbau nicht nur für die Schließung der Autobahnlücken und für den erforderlichen Ausbau von Straßen zu nutzen, sondern sie genauso für den Bau von Ortsumgehungen einzusetzen, um die Menschen in Ortskernen und Wohngebieten von Verkehrsbelastungen zu befreien.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Verkehrspolitik kann durchaus mit mehr Lebensqualität, mit Humanisierung unserer Lebensbedingungen zusam-

menhängen. Die Landesregierung wird mit der Bundesbahn über das Streckennetz verhandeln. Der Anschluß Hessens an das geplante Schnellbahnnetz der Deutschen Bundesbahn ist unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aber das ist doch schon der Fall! - Boppel (GRÜNE): Wo liegt denn Kassel, wo liegt denn Frankfurt?)

Bei der Trassenführung müssen möglichst umweltfreundliche Lösungen und wirksame Lärmschutzmaßnahmen an wohnungsnahen Streckenabschnitten gefunden werden. Der Frankfurter Flughafen muß als nationale und als europäische, internationale Drehscheibe für den Flugverkehr erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von den GRÜNEN: Militärstandort!)

Wir sind überzeugt, daß der Wohlstand unseres Volkes, die Wettbewerbsfähigkeit auch der hessischen Wirtschaft auf einem leistungsfähigen System der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung beruhen. Der beruflichen Ausbildung im dualen System sowie der beruflichen Weiterbildung wird die Landesregierung größte Aufmerksamkeit schenken, auch und gerade in der Zeit der geburtenschwachen Jahrgänge. Die neue Landesregierung dankt ausdrücklich Handwerk, Handel, Industrie und Kommunen

(Blaul (GRÜNE): Banken!)

für die großartige Leistung bei der Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Noch nie was vom Lehrstellenprogramm gehört?)

Sozialpolitik hat die Aufgabe, jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu helfen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Die Landesregierung wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes die Aufgaben der Familien fördern. Ich sagte schon: Unser Land muß kinderfreundlich werden, Familien müssen sich hier wohl fühlen. Schon im Nachtragshaushalt werden wir einen Beitrag dazu leisten, daß jenen schwangeren Frauen, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden,

(Blaul (GRÜNE): Das hatten wir auch schon! - Boppel (GRÜNE): Das ist die falsche Seite vom Manuskript!)

von denen ich gesprochen habe, zusätzliche materielle Hilfe im Rahmen der Bundesstiftung "Mutter und Kind" geleistet werden kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unsere Sorge und Fürsorge gilt unseren älteren Mitbürgern.

(Blaul (GRÜNE): Die wollen Selbstbestimmung und nicht Fürsorge!)

Die Generation der älteren Menschen hat eine Lebensleistung erbracht wie kaum eine andere zuvor in unserer Geschichte. Ihr verdanken wir den Wiederaufbau unseres Landes und den Aufbau unseres demokratischen Staates. Wir werden mit den Kommunen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege die Maßnahmen weiterentwickeln und systematisch ausbauen, die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Sicherheit für ihren Lebensabend gewährleisten.

(Beifall bei der CDU - Blaul (GRÜNE): Welche Maßnahmen?)

Wir dürfen ohne jede Überheblichkeit, doch mit Genug-tung feststellen, daß sich auch die Jüngeren in unserer Gesellschaft dieser Pflicht gegenüber den Älteren immer bewußt geblieben waren und auch weiterhin bewußt bleiben werden. Ich denke, das ist für die Zukunft gerade der älteren Menschen von ganz besonderer Wichtigkeit. Es kommt nicht nur auf Staat und öffentliche Verwaltung an.

(Beifall bei der CDU)

Den Dialog mit unserer Jugend werden wir natürlich fortführen, jetzt in einer neuen Funktion. In ihrer überwältigenden Mehrheit steht sie zu diesem Staat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie lernt und arbeitet wie Generationen zuvor.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Im Strom der Zeit!)

Sie leistet wertvolle Beiträge zur Sicherung des Friedens in der Bundeswehr und in caritativen Hilfs- und Rettungsorganisationen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der Bundeskanzler dankt immer der Feuerwehr an diesem Punkt!)

Mit Nachdruck wird die Landesregierung die Vereine und Verbände fördern, die einen wesentlichen Teil der Jugendarbeit betreiben.

In der Gesundheitspolitik wollen wir einen Beitrag leisten, daß in Hessen sowohl eine erstklassige Versorgung der Bevölkerung durch Gesundheitseinrichtungen als auch die Bezahlbarkeit des Gesundheitsdienstes gewährleistet bleiben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Krankenhausgesetz wird novelliert. Die Landesregierung wird eine stärkere Verlagerung der stationären auf die ambulante ärztliche Versorgung und den weiteren Ausbau der Sozialstationen nachdrücklich anstreben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ortsnahe und leistungsfähige Krankenhäuser mit günstigem wirtschaftlichem Pflegesatz wird die Landesregierung erhalten, weil sie dem Bedürfnis der Menschen nach Überschaubarkeit und Geborgenheit oft besonders entgegenkommen und ihm besonders gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Gedern wird wieder aufgemacht!)

Auch der Aufbau der gemeindenahen Ambulanzen sowie der ergänzenden stationären Alten-, Kranken-, Familien- und psychiatrischen Versorgung dient dem gleichen Ziel.

Wir haben vorhin über ein bestimmtes Thema, nämlich die Immunschwäche AIDS, hier im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte diskutiert. Sie stellt eine Herausforderung dar. Wir haben uns diesem Thema zu stellen.

Wir werden die Bundesregierung im Kampf gegen AIDS unterstützen. Die Landesregierung wird Forschungsschwerpunkte setzen und die Maßnahmen zur Aufklärung über die Ansteckungsgefahren intensivieren.

(Boppel (GRÜNE): Noch mehr Kondome!)

Genauso werden wir uns um illegalen Rauschgifthandel und -konsum, der in den vergangenen Jahren in einem erschreckenden Umfang angewachsen ist, zu kümmern haben. Die Landesregierung wird den Kampf gegen Drogenhandel und Suchtgefahren durch Aufklärung und

Schaffung einer ausreichenden Zahl von Therapieplätzen verstärkt fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zu der sozialen Ausgestaltung unseres Landes haben die Verbände und Organisationen, die in der Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen sind, einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Die Landesregierung sieht in diesen Verbänden auch für die Zukunft einen wichtigen Partner in der Sozialpolitik. Wir danken für das, was in der Vergangenheit geleistet worden ist, oft mehr, als man erwarten durfte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Landeswohlfahrtsverband ist und bleibt ein wichtiger Träger sozialer Strukturpolitik. Wir werden dafür sorgen, daß er auch in Zukunft seinen sozialpolitischen Auftrag erfüllen kann.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das wird teuer!)

Die Verbesserung der inneren Sicherheit - ein wichtiges Thema der Innenpolitik - bleibt natürlich eine besondere Aufgabe und Herausforderung für uns alle. Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten, um das Rechtsbewußtsein bei allen Bürgern, insbesondere bei unserer Jugend, zu festigen. Im demokratischen Rechtsstaat ist das staatliche Gewaltmonopol die Garantie dafür, daß nicht das Recht des Stärkeren die Oberhand gewinnt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Schutz der Bürger und des Staates vor Verbrechen ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Frieden und in Freiheit. Deshalb werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Straftaten zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die Aufklärungsquote von Straftaten bei uns wieder ansteigt. Wir wollen die Bürgernähe der Polizei. Und, meine Damen und Herren, die Polizei will diese Bürgernähe auch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden Zug um Zug die Personalsituation bei der Polizei verbessern. Die Stellenbesetzungssperre wird sofort aufgehoben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Das ehrenamtliche Engagement in den vielen sozialen und technischen Hilfsorganisationen, zum Beispiel in der Feuerwehr,

(Boppel (GRÜNE): Jawohl, jetzt kommt es!)

ist für die Sicherheit der Menschen in unserem Lande unverzichtbar. Wir danken für dieses Engagement.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jawohl, Herr Hauptmann!)

Alle Förderungsmöglichkeiten, die wir leisten können, sollen wahrgenommen werden.

Schließlich geht es darum, daß Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung ständige Aufgabe und Herausforderung für die Landesverwaltung bleiben und bleiben müssen. Die Landesregierung wird daher die Funktionalreform überprüfen, nachdem sie ein Jahrzehnt lang wirksam gewesen ist. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Städten, Kreisen und Gemeinden verbessern. Ich komme in anderem Zusammenhang darauf kurz zurück.

(Dr. Günther (SPD): Die Abschaffung der Bagatellsteuer!)

Ich sage nur: Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist Ziel dieser Landesregierung. Deshalb wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich vereinfachen und einen Beitrag zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Kommunen leisten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Warum schaffen Sie die Bagatellsteuern ab?)

Das Hessische Personalvertretungsgesetz ist vom Staatsgerichtshof in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig oder änderungsbedürftig erklärt worden. Die Landesregierung wird eine Kommission mit dem Ziel einsetzen, nach Gesprächen mit den gesellschaftlichen Gruppen eine Novelle zum HPVG unverzüglich im Landtag einzubringen.

Die Koalition wird das Zweitstimmenwahlrecht zur Landtagswahl einführen, um den Entscheidungsspielraum unserer Bürger bei Ausübung des Wahlrechts zu vergrößern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Blaul (GRÜNE): Das mit den Zweitstimmen gilt dann auch für uns!)

Ein Wort zum Datenschutz. Wir bekennen uns dazu. Wichtig ist jedoch, daß nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in eben jenem Spannungsfeld zwischen Individuum und Gemeinschaft angesiedelt bleibt, von dem dort ausdrücklich die Rede ist. Deshalb wird die Landesregierung unverzüglich sicherstellen, daß die Volkszählung im nächsten Monat nach dem Willen des Bundesgesetzgebers durchgeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein Volkszählungssicherstellungsgesetz!)

Das Zusammenleben der Deutschen und der Ausländer in Hessen ist gut.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wollen dazu beitragen, daß dieses Verhältnis so bleibt. Daher - nicht aber, sondern daher - fügen wir hinzu: Wer als Ausländer das Gastrecht durch schweres kriminelles Handeln verletzt, hat sein Aufenthaltsrecht bei uns verwirkt.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausländer- und Asylpolitik der Landesregierung wird sich an bundeseinheitlichen Maßstäben und Richtlinien orientieren.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): O Gott!)

Ich möchte ein Wort zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften sagen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die werden mit Ihnen da nicht übereinstimmen!)

Die Grundwerte und sittlichen Überzeugungen haben für das geordnete Zusammenleben der Menschen auch in unserem Land entscheidende Bedeutung. Hier hat der Staat große Verantwortung. Allein kann er ihr jedoch nicht gerecht werden. Daher ist der Staat auf vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kirchen und den übrigen Religionsgemeinschaften ange-

wiesen; denn diese dienen wie der Staat denselben Menschen.

Bei den sich zum Teil überschneidenden Aufgabenbereichen achten und beachten wir die Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht und die Eigenständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, wie es dem modernen Staat in einer pluralistischen Gesellschaft angemessen ist. Richtschnur unseres Handelns werden dabei die bestehenden Verträge des Landes Hessen mit den Evangelischen Landeskirchen und mit den Katholischen Bistümern aus den Jahren 1960, 1963 und 1974 sein, deren Freundschaftsklausel Ausdruck einer vertrauensvollen Zusammenarbeit ist.

Ich erwähne hier auch den Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden vom November vergangenen Jahres. Wir wissen, meine Damen und Herren, um unsere besondere Verpflichtung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich will anfügen, daß es künftig auch Regelungen mit anderen Religionsgemeinschaften geben kann, daß sie erforderlich werden können, zum Beispiel mit islamischen Gemeinden. Dies wird dann, wenn diese Frage auf uns zukommt, mit dem gleichen Ernst, mit der gleichen Sorgfalt geprüft und geklärt werden, wie wir das auch mit unseren Kirchen und - ich darf so sagen - traditionellen Religionsgemeinschaften bisher getan haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Keine Ayatollahs in Hessen!)

Stets wird dabei deutlich werden, daß unser Staat zwar weltanschaulich neutral, jedoch nicht weltneutral ist. Im Verhältnis von Staat und Kirchen bleiben Selbstbestimmungsrecht und Zusammenarbeit die beiden Säulen der Beziehung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe zur Schule zu Beginn einige Anmerkungen gemacht; ich möchte wenige hinzufügen. Wichtiger Schwerpunkt der künftigen Landespolitik wird die Schulpolitik sein. Wir wollen die Zukunftschancen unserer Jugend verbessern. Wir wollen, daß unsere Schulen mehr leisten als bloße Wissensvermittlung. Wir wollen, daß die Schulen ihren wichtigen Beitrag zur Erziehung unserer Kinder einbringen - Erziehung zu Staatsbürgern, die unser Grundgesetz und unsere hessische Verfassung in ihrem Wert verstehen und die deswegen bereit sind, dafür einzustehen. Junge Menschen müssen erfahren, was die nationalsozialistische Diktatur an Unmenschlichkeit, Not und Elend über Menschen gebracht hat, was jede Diktatur an Menschenverachtung bedeutet,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

welche Lehren wir für Menschenwürde und Freiheit aus Vergangenheit wie Gegenwart zu ziehen haben. Wir möchten unsere Jugend davon überzeugen, daß es sich lohnt, Partei zu ergreifen, wenn es um die Verteidigung von Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsordnung geht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen, daß wir alle mit unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten ausgestattet sind.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wohl wahr!)

Wir wollen deshalb, daß die Schule auf die unterschiedlichen Begabungen unserer Kinder eingeht.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

und nicht umgekehrt unsere Kinder in ein Einheitssystem gezwungen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen geben wir allen Schulen, Schulformen und Schularten Existenzrecht. Nicht Parteiprogramme, sondern die freien Entscheidungen der Eltern und der Schüler sollen über den schulischen Weg der Kinder befinden. Dies ist Ausdruck und Folge unseres liberalen Staatsverständnisses. Deshalb werden wir auch Schluß machen mit dem ständigen Veränderungsstreß an unseren Schulen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei uns, meine Damen und Herren, wird es kein neues Schulsterben geben, wie wir es in 15 Jahren mit 750 Schulstandorten erlebt haben, die bei uns im Hessenland von der Landkarte gestrichen worden sind. Angesichts der Unruhe, die in den letzten Jahren an unsern Schulen entstanden ist, benötigen wir mehr Beständigkeit, Stetigkeit und Ruhe. Überstürzte Veränderungen, wie wir sie erlebt haben, schaden unseren Kindern und Jugendlichen.

(Zuruf von der SPD und des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Jedes Kind, meine Damen und Herren, hat nur eine Schulzeit. Kurze Schulwege, überschaubare Schulklassen, das Gespräch zwischen Eltern, Lehrern und Kindern haben für den Schulerfolg entscheidende Bedeutung, sind wichtiger als manche Diskussionen und praktizierte Wirklichkeiten, was Differenzierungen und dergleichen angeht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wann singen wir wieder die Nationalhymne in der Schule? - Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, unsere hessischen Landwirte erwarten von der neuen Landesregierung zu Recht Verständnis und im Rahmen des Möglichen Hilfe und Unterstützung. Die Einkommen der hessischen Vollerwerbsbetriebe bilden das Schlußlicht unter allen Bundesländern. Kein Berufsstand, kein Wirtschaftszweig hat in den vergangenen Jahren so große wirtschaftliche Nachteile hinnehmen müssen wie unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir wissen um die Probleme, vor denen die Landwirtschaft insgesamt steht, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.

(Boppel (GRÜNE): Ertl, Kiechle, Kohl!)

Wir können diese Probleme auch als Bundesland allein nicht lösen. Wir wissen aber auch: Wir brauchen unsere Landwirtschaft, wir brauchen unsere Bauern, wir brauchen sie, weil sie für unsere Ernährung sorgen. Wir brauchen sie, weil das Ergebnis ihrer Arbeit auch unsere Kulturlandschaft ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir dürfen nicht zulassen, daß sich die ländlichen Räume weiterhin, vielleicht noch drastisch entleeren.

(Zuruf der Abg. Blaul (GRÜNE))

Die neue Landesregierung will die Lage der hessischen Landwirte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln

soweit das nur möglich ist verbessern. Wir werden daher ein Landesprogramm zur Verbesserung von Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen vorlegen, ein Junglandwirte- und ein Landesagrarkreditprogramm einführen. Unsere Bauern dürfen nicht zu Randfiguren unserer Gesellschaft werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie sind auch nicht, wie manche behaupten, etwa Gegenpole, Hindernisse für den Schutz von Natur und Umwelt. Deshalb wird die von mir geführte Landesregierung die Möglichkeit eröffnen, landwirtschaftlich genutzte Gebiete gegen finanzielle Entschädigungen für Zwecke des Umwelt- und des Naturschutzes umwidmen zu können.

(Soltwedel (GRÜNE): Betriebsstillegung!)

Wir wollen die ökologische Komponente in der Agrarwirtschaft nicht auf Kosten, sondern zum Vorteil der Landwirte verstärken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe einiges zur kommunalen Selbstverwaltung gesagt, meine Damen und Herren; noch wenige Bemerkungen. Ich sagte: Wir bekennen uns zur kommunalen Selbstverwaltung, weil sie auf Eigenverantwortung und Bürgersinn gründet.

Sie ist eine entscheidende Grundlage staatlichen Lebens. Kommunalpolitik - das darf man nun wirklich sagen - ist Dienst am Menschen, wie er auf keiner anderen politischen Ebene so unmittelbar geleistet und erfahren werden kann.

Kommunalpolitik bedeutet die Regelung der örtlichen Probleme durch die Bürgerschaft selbst. Diese Selbstverwaltung ist Ausdruck politischer Freiheit. Je mehr die Bürger unter Beachtung des Gemeinwohls und der Rechte ihres Nachbarn über ihre eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden können, desto freier sind sie.

Wir wollen deshalb nicht, daß die Kommunalverwaltungen immer mehr mit der Ausführung von Landes- und Bundesvorschriften belastet werden

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

und der Anteil an kommunaler Selbstverwaltungssubstanz zurückgedrängt wird.

Ich werde die Arbeit der Ministerien nicht danach messen, wie viele neue Gesetzesentwürfe sie herstellen, sondern danach, wie viele überflüssige Vorschriften sie zur Streichung vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das wollte die Bundesregierung am Anfang auch!)

Unsere Bürger müssen sich in der Verwaltung zurechtfinden können. Es ist ja ihre Verwaltung. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Verwaltungsbeamten, müssen die Sprache des Bürgers sprechen und nicht umgekehrt. Bürger sind keine Bittsteller. Die Verwaltung ist für die Bürger da und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In unserer modernen Industriegesellschaft mit Wohlstand und sozialer Sicherung wie nie zuvor erleben wir zunehmend die Gefahr, daß persönliche Bindungen verkümmern und daß der einzelne vereinsamt. Dem wollen wir, soweit wir können, entgegenreten.

Ein wesentlicher Programmpunkt der neuen Landesregierung wird daher der Förderung unserer Vereine gelten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Denn in den Vereinen, meine sehr verehrten Damen und Herren, finden die Menschen Gemeinschaft. In ihnen begegnen sich die Generationen. Vereine können Vereinsamung und Isolation überwinden helfen.

Allein in unserem Land Hessen müßten wir tausende von behördlich angestellten Betreuern beschäftigen, gäbe es die Vereine mit all ihren unterschiedlichen Vorstellungen und Zielen nicht.

Jugendarbeit im Sportverein, in der Kirche, wo auch immer, ist durch Staat und Verwaltungshandeln nicht ersetzbar.

(Boppel (GRÜNE): Polizeisportverein!)

Wir sollten auch auf die vielen Vereine und Zusammenschlüsse achten, die als Kulturträger, jawohl, als Kulturträger häufig so gar nicht im öffentlichen Licht und Interesse stehen.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Die Tätigkeit von Geschichtsvereinen, von Trachtentanzgruppen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

von Gesangsvereinen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

Musikschulen, Kunstmärkten und privaten Theatergruppen kann von uns gar nicht hoch genug bewertet werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb kommt der Pflege alten Brauchtums, der Bewahrung örtlicher Bau- und Kunstdenkmäler, der Förderung örtlicher Heimatmuseen gerade deswegen besonderes Gewicht zu, weil wir ja häufig erleben, daß die Folgen der Gebietsreform noch nicht überwunden sind und daß auf Grund historisch gewachsener Strukturen häufig Fragen nach ihrer althergebrachten kulturellen Identität gestellt werden.

Wir fühlen uns mit jenem Viertel der hessischen Bevölkerung verbunden - mehr als 25 Prozent, meine Damen und Herren! -, die als Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler ihre frühere Heimat verlassen mußten und hier eine neue Heimat gefunden haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben Hessen und die Bundesrepublik Deutschland mit aufgebaut. Wir schulden dafür Dank.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß Hessen ein Teil Deutschlands ist,

(Boppel (GRÜNE): Mitteldeutschland!)

daß die ost-, mittel- und sudetendeutsche Kultur Teil der gesamtdeutschen Kultur bleibt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb wird diese Landesregierung für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in einem freien Europa und für die Pflege des gesamtdeutschen Kulturerbes eintreten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden es nicht bei Appellen belassen. Wir werden ganz konkret die Arbeit der Vertriebenenverbände ideell wie auch institutionell fördern, die bestehenden Paten-

schaften unterstützen und zum Beispiel Schülerwettbewerbe, die sich mit unserem Vaterland beschäftigen, nachdrücklich fördern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt für uns ist und bleibt der Sport, ein Faktor, der längst nicht nur gesundheitliche, sondern auch gesellschaftspolitische Bedeutung bekommen hat. Wir erkennen Breitensport wie Leistungssport gleichermaßen in ihrer Bedeutung an.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Rettet die Eintracht!)

Auch hier setzen wir auf Kooperation. Als Partner des Sports wird die Landesregierung organisatorische Hilfen dort geben, wo das möglich ist, die Vereine mit ihren ehrenamtlichen Helfern und Übungsleitern fördern, den Sportstättenbau, wenn immer dies finanziell nur vertretbar ist, vorantreiben und die dringend notwendigen Verbesserungen des Schulsports in ihrer Sportpolitik mit berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein Wort an die Adresse derjenigen Fraktionen, die die neue Landesregierung nicht mit tragen. Sie haben, soweit sie sich als Opposition im Landtag begreifen, eine wichtige Aufgabewahrzunehmen. Das qualitative Merkmal der Demokratie ist es, daß der Regierung und den sie tragenden Fraktionen eine Opposition gegenübersteht. In Diktaturen gibt es keine gewählte Opposition.

(Welteke (SPD): Es gibt auch keine gewählte Regierung! - Holzapfel (SPD): Auch keine gewählte Regierung!)

Auch die Opposition trägt daher eine wichtige Verantwortung im Dienst an Bürgern und unserem Staat.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Hört, hört!)

Ich selber bin länger Oppositionsabgeordneter gewesen als in einem Amt der Exekutive und der Administration.

(Holzapfel (SPD): Intellektuelle Zumutung ist dieses Zeug da!)

Ich glaube, es ist gut, daß ich auch diese Erfahrung über viele Jahre hinweg gemacht habe; denn ich kann verstehen, wie schmerzlich es für jemanden ist, der diese Erfahrung bisher nicht gemacht hat und der gleichwohl begreifen muß, daß sein Tun eben nicht unwichtig, umsonst ist, sondern daß es eine Leistung ist, die nicht nur gewürdigt wird von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern insbesondere von einer Regierung und von Regierungsfractionen, die zum Dialog bereit sind und sich nicht einfach abwenden, weil sie meinen, sie hätten die Mehrheit und mit der Mehrheit bereits die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Für die Landesregierung möchte ich sagen: Wir wollen fair und redlich unsere unterschiedlichen politischen Auffassungen miteinander diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ministerpräsident aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sein.

(Boppel (GRÜNE): Das wird nicht klappen!)

Das Land gehört weder Parteien noch einzelnen Personen. Das Land gehört allen Bürgern gleichermaßen.

(Blaul (GRÜNE): Es wäre schön, wenn das so wäre!)

Ohne Ansehen der Person werde ich dafür sorgen, daß die Landesregierung und die Landesbehörden ihre Aufgabe im Dienst am Menschen und an der Allgemeinheit verstehen.

Mit meiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Hessen übernehme ich eine große Verantwortung für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger,

(Zurufe von den GRÜNEN)

eine Verantwortung, die für mich mehr ist als der Ausdruck gesetzlicher Zuständigkeitsregelungen oder politischer Einflußmöglichkeiten. Ich hoffe und will alles tun, daß ich dieser großen Pflicht - und darum handelt es sich, um eine Pflicht - gerecht werde, soweit das nur möglich ist.

CDU und F.D.P. haben in großer Übereinstimmung die künftigen Inhalte der Landespolitik miteinander verabredet.

(Zuruf der Abg. Blaul (GRÜNE))

Zur Klarheit der Ziele muß aber noch etwas hinzukommen, und zwar in der täglichen Arbeit: Sachlichkeit und Stetigkeit. Darauf vor allem kommt es in der Politik an.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sachlichkeit und Beständigkeit sollen das Fundament unseres Handelns in der Landesregierung sein. Wir benötigen alle Kräfte des Verstandes - und ich füge bewußt hinzu: auch alle Kräfte des Herzens -, um die vor uns liegenden Aufgaben erfüllen zu können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das kann man sagen! Da ist nämlich nicht viel!)

Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten und alle Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes um kritische Begleitung

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Darauf können Sie sich verlassen! - Boppel (GRÜNE): Wir sind dabei!)

und Unterstützung der Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode.

Abschließend teile ich dem Hohen Hause mit: Zu Mitgliedern der neuen Hessischen Landesregierung habe ich gemäß Artikel 101 Absatz 2 der hessischen Verfassung ernannt:

zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, Minister für Wissenschaft und Kunst, zugleich Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund, Herrn Dr. Wolfgang Gerhardt,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Minister des Innern Herrn Gottfried Milde,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Minister der Finanzen Herrn Manfred Kanther,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Minister der Justiz Herrn Karl-Heinz Koch,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Kultusminister Herrn Dr. Christean Wagner,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Minister für Wirtschaft und Technik Herrn Alfred Schmidt,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zum Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit Herrn Karlheinz Weimar,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Der Leichteste für die schwerste Aufgabe!)

zum Sozialminister Herrn Karl-Heinrich Trageser,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

zur Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Frau Irmgard Reichhardt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Ernennung der Minister habe ich dem Herrn Landtagspräsidenten gemäß Artikel 101 Absatz 2 der hessischen Verfassung angezeigt. Den Geschäftsverteilungsplan der neuen Landesregierung wird der Landtag unverzüglich erhalten.

Ich bitte den Hessischen Landtag um das Vertrauen zur Übernahme der Regierungsgeschäfte für die 12. Legislaturperiode des Hessischen Landtags.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Der Herr Ministerpräsident hat die Regierungserklärung abgegeben und dem Landtag die nach Artikel 101 Absatz 2 der hessischen Verfassung erforderliche Mitteilung über die Ernennung der Minister gemacht.

Verabredungsgemäß unterbreche ich die Beratung von Tagesordnungspunkt 17. Die nächste Sitzung des Hessischen Landtags findet morgen um 9.00 Uhr statt. Der Ältestenrat tagt unmittelbar im Anschluß an die Plenarsitzung in Zimmer 119 M.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 17.06 Uhr)